

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

HERAUSGEGEBEN VOM STATISTISCHEN REICHSAMT



1941 2. November-Heft

21. Jahrgang Nr. 22

INHALT

70 Jahre Volkszählung im Deutschen Reich S. 409

Zum 70. Jahrestag der ersten reichsdeutschen Volkszählung vom 1. Dezember 1871

Die Entwicklung der Volkszählungen — Der Umfang der Erhebungen —
Die Veröffentlichung der Ergebnisse — Die Bevölkerung seit der ersten
Volkszählung 1871 und seit 1816

PREISE UND LÖHNE

Die Lebenshaltungskosten in der Welt im 3. Vierteljahr 1941.... S. 413
Indexziffern der Ernährungs- und Lebenshaltungskosten wichtiger Länder

FINANZEN UND GELDWESEN

Der Umlauf von Industriebanleihen und verwandten Schuldver-
schreibungen Ende 1940 S. 415

Die Wertpapiermärkte im 3. Vierteljahr 1941 und der Tendenz-
umschwung am Aktienmarkt um die Vierteljahreswende ... S. 417

Devisenkurse in Berlin S. 420

GEBIET UND BEVÖLKERUNG

Die Bevölkerungsbewegung in den Großstädten im September
und im 3. Vierteljahr 1941..... S. 421

Neue Bevölkerungszahlen des Auslandes S. 422
Portugal — Chile — Peru

VERSCHIEDENES

Die öffentliche Fürsorge von Oktober 1940 bis März 1941 und
im Rechnungsjahr 1940 S. 423

Wirtschaftsdaten Oktober/November 1941 — Bücheranzeigen

Nachdruck einzelner Beiträge mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

Matern von einzelnen Schaubildern können vom Verlag bezogen werden

VERLAG FÜR SOZIALPOLITIK, WIRTSCHAFT UND STATISTIK, PAUL SCHMIDT, BERLIN SW 68

Bezugspreis für das Inland: Ein Halbmonatsheft 75 Reichspfennig, vierteljährlich (6 Hefte) 4,50 Reichsmark

Othello

mit dem Schwan



Othello

Es ist erschienen!

Italiens Wirtschafts- und Sozialpolitik

Von ODON POR

Herausgegeben vom

Istituto Nazionale per le Relazioni Culturali coll'Estero

148 Seiten DIN A 5

Brosch. RM. 6,—

Im Laufe der letzten 20 Jahre konnten nur in einzelnen Ländern, zu allererst in Italien, Ideen und Kräfte zur Reife und Auswirkung gelangen, die, aus dem Erlebnis des Weltkrieges geboren, die menschliche Kultur retten werden.

Das vorliegende Buch, das den ersten Bericht, der in den folgenden Jahren fortgesetzt wird, enthält, gibt Gelegenheit, aus maßgeblicher Quelle die politischen Richtlinien und Tendenzen und die geistigen Kräfte kennen zu lernen, die der italienischen Wirtschaft das Gepräge geben und ihre Entwicklung und Orientierung bestimmen und erklären.

Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik
Paul Schmidt, Berlin SW 68

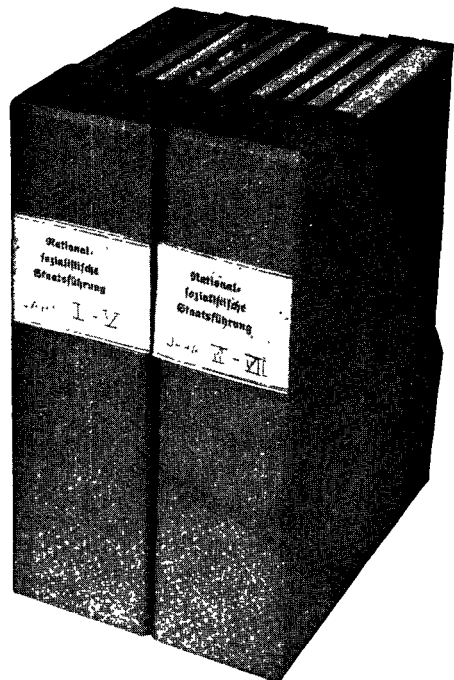
Die Nachrichtenübermittlung im Wandel der Zeiten Vom Feuerzeichen zur Funkwelle

Von **Otto Lemke**, Obertelegrapheninspektor
224 Seiten mit 100 Abbildungen im Text
und auf Kunstdrucktafeln

Halbleinenband RM. 4,80

Das vorliegende Werk gibt einen Rückblick über die mehr als zweieinhalb Jahrtausende alte Entwicklung und Vorgeschichte des Nachrichtenaustausches, stellt den Leser gleichzeitig in die Gegenwart hinein und gewährt einen Ausblick, wie die Telegraphie vielleicht schon in zehn Jahren durch die Bildtelegraphie beeinflusst sein wird.

Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik
Paul Schmidt, Berlin SW 68



Sieben Jahre nationalsozialistische Staatsführung

Das Werk umfaßt nun 10 Bände:

Otto Grube	Volk und Kanzler als Einführungsband
Wulf Bley	Das Jahr I
Wulf Bley	Das Jahr II
Wulf Bley	Das Jahr III
Otmar Best	Das Jahr IV
Dr. E. R. Uderstädt	Das Jahr V
Dr. E. R. Uderstädt	Das Jahr VI
Dr. E. R. Uderstädt und Oberstleutnant z.V. Matthaei	Das Jahr VII

und die Ergänzungsbände zu Jahr VII:

Frid Muth	Gepanzertes Westen (Der Westwall)
Dr. E. R. Uderstädt	18 Tage Weltgeschehen (Der Feldzug gegen Polen)

Die Bände I, II, IV und V sind je mit einem Geleitwort des Reichsmarschalls Hermann Göring versehen.

Die Serie, 10 Bände, in zwei geschmackvollen Kassetten RM. 37,35

Das Jahr VII erschien soeben in der Reihe unserer Dokumentenwerke, die in Wort und Bild die Ereignisse und Erlebnisse in den Jahren des Aufbaues des Reiches unter nationalsozialistischer Staatsführung festhalten.

192 Seiten mit 70 Bildern auf 48 Kupfertiefdrucktafeln Preis geb. RM. 6,80

Aus dem Inhalt:

Die politisch-geschichtliche Entwicklung / Achse Berlin-Rom / Das Protektorat Böhmen-Mähren / Der polnische Feldzug (Vorgeschichte und Rückkehr Danzigs) / Danzig kehrt heim / Englands Krieg / Die Verwaltung in den befreiten Ostgebieten / Das Generalgouvernement / Die Wirtschaft / Der Ausblick / **Die militärische Durchführung** / Der Feldzug in Polen / Der Kampf am Westwall / Der Krieg gegen England / Der Erfolg des ersten halben Kriegsjahres / **Der Ablauf des Jahres VII**

Das Jahr VII wird ergänzt durch:

Dr. Frid Muth
Gepanzertes Westen (Der Westwall)
148 Seiten Text mit 30 Bildern auf 16 Tafeln
Preis gebunden RM. 4,—

Dr. E. R. Uderstädt
18 Tage Weltgeschehen (Der Feldzug gegen Polen)
122 Seiten Text mit 19 Bildern auf 10 Tafeln
Preis gebunden RM. 4,—

Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt, Berlin SW 68

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

HERAUSGEGEBEN VOM STATISTISCHEN REICHSAMT, BERLIN C 2, NEUE KÖNIGSTR. 27-37

1941 2. November-Heft

Abgeschlossen am 28. November 1941
Ausgegeben am 2. Dezember 1941

21. Jahrgang Nr. 22

70 Jahre Volkszählung im Deutschen Reich

Zum 70. Jahrestag der ersten reichsdeutschen Volkszählung vom 1. Dezember 1871

Angaben über Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung sind für Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft von grundlegender Bedeutung für die Beurteilung der Verhältnisse in den einzelnen Gebieten. Insbesondere die Führung und Verwaltung eines modernen Staates bedarf stets zutreffender Unterlagen über die Zahl der Einwohner, über ihre Verteilung auf das Land und ihre Gliederung nach Geschlecht, Alter, Familienstand und anderen Merkmalen. Daher gehören die in regelmäßigen Zeitabständen durchgeführten Volkszählungen zu den wichtigsten Aufgaben der Statistik.

Unmittelbar nach der Reichsgründung fand die erste Volkszählung im Deutschen Reich statt, und zwar am 1. Dezember 1871. Bei ihr wurde zum erstenmal für alle Teile des Reichs eine gewisse Einheitlichkeit in der Fragestellung und Aufbereitung vorgeschrieben. Die siebzigste Wiederkehr dieses Tages gibt Anlaß, einen Rückblick über die im Deutschen Reich seither stattgefundenen Volkszählungen zu geben.

Schon vor der Reichsgründung waren in den deutschen Ländern Volkszählungen durchgeführt worden, nach Errichtung des Deutschen Bundes die erste in Preußen im Jahre 1816. Da auch die anderen deutschen Länder um die gleiche Zeit ihre Bevölkerungszahlen ermittelten, liegen gegenwärtig für eine Zeitspanne von 125 Jahren genauere Unterlagen über die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland vor.

Die Entwicklung der Volkszählungen

Die Volkszählungen haben sich erst allmählich zu Erhebungen von der Genauigkeit, die sie heute auszeichnet, entwickelt. Die erste Volkszählung im Deutschen Reich am 1. Dezember 1871 erfüllte jedoch bereits die wichtigsten Forderungen, die für die wissenschaftlich einwandfreie Ermittlung praktisch brauchbarer Ergebnisse unerlässlich sind, wie Festsetzung eines bestimmten Stichtages, namentliche Erfassung jeder einzelnen Person und genaue Bestimmungen über die in den einzelnen Haushaltungen zu erfassenden Personen. Die reichsdeutschen Volkszählungen setzen mit einer bemerkenswert hochstehenden Erhebungstechnik ein, durch die schon damals Bevölkerungszahlen ermittelt wurden, die sowohl in sich als auch mit den Ergebnissen aller

späteren Zählungen unbedingt vergleichbar sind. Möglich wurde dies dadurch, daß schon vorher im Gebiet des Deutschen Zollvereins regelmäßig Volkszählungen stattgefunden hatten, bei denen mancherlei Erfahrungen gesammelt worden waren.

Bei den Volkszählungen, die in den 125 Jahren seit 1816 in Deutschland durchgeführt wurden, lassen sich vier Perioden unterscheiden. Die erste Periode reicht von 1816 bis 1834. Damals wurde in den meisten Ländern des Deutschen Bundes in kürzeren Zeitabständen, vielfach jährlich, die Bevölkerungszahl festgestellt, und zwar nach gewissen, von den Regierungsbehörden erlassenen Richtlinien durch die untersten Verwaltungsbehörden, meist die Polizei. Ein bestimmtes Verfahren war nicht einmal innerhalb der einzelnen Länder vorgeschrieben, ebensowenig ein fester Termin. Die Zählung erstreckte sich vielfach über einen Zeitraum von mehreren Monaten.

Die zweite Periode, die von 1834 bis 1867 dauert, ist die Zeit des Deutschen Zollvereins. Die Zolleinkünfte wurden nach der Bevölkerungszahl auf die einzelnen Mitgliedsstaaten des Zollvereins verteilt. Mit 1834 beginnend, sollten deshalb alle drei Jahre im Laufe des Monats Dezember Volkszählungen stattfinden, um die der Zollabrechnung zugrunde zu legende Bevölkerung zu ermitteln. Die hierbei festgestellte Bevölkerung war eine Art Wohnbevölkerung. Alle in den Ländern Beheimateten waren auch bei längerer Abwesenheit zu zählen; die Staatsausländer und Angehörigen anderer Länder des Deutschen Bundes waren nur mitzuzählen, wenn sie längere Zeit anwesend waren und einen Beruf oder ein Gewerbe ausübten. Ein einheitliches Erhebungsverfahren und ein bestimmter Stichtag wurden zunächst nicht festgelegt. Von 1843 an wurde eine tatsächliche Zählung aller Personen von Haus zu Haus vorgeschrieben. Wohnungsregister und andere Quellen über die Bevölkerungsverhältnisse, aus denen bis dahin vielfach die Bevölkerungszahlen entnommen wurden, durften nicht mehr benutzt werden. 1864 wurde dann als weiterer wesentlicher Fortschritt der Erhebungstechnik vereinbart, daß bei der Zählung jede Person namentlich in besonderen Listen aufzuführen sei. Diese Regelung war in Preußen schon 1840, in Bayern 1846 und in Sachsen 1852 eingeführt worden. Der letzten Zählung dieser zweiten Periode im Jahre 1867 kommt eine besondere Bedeutung zu, indem in diesem Jahr alle Länder, die 1871 zum Deutschen Reich zusammengeschlossen wurden, zum erstenmal gleichzeitig eine Volkszählung vornahmen, wenn

auch in der Art der Durchführung und insbesondere im Erhebungsumfang noch keine Einheitlichkeit erzielt wurde. Es liefen 1867 zwei Zählungen nebeneinander her. Die eine war die in den Zollvereinsstaaten fällige Ermittlung der Bevölkerung für die Zollabrechnung. Daneben fand in den Staaten des Norddeutschen Bundes eine allgemeine Volkszählung nach einheitlichen Richtlinien statt. Hier war die am Zählungstichtag ortsanwesende Bevölkerung festzustellen. Die Ermittlung der ortsanwesenden Bevölkerung bedeutete gegenüber der Zollabrechnungsbevölkerung einen wesentlichen Fortschritt, indem hier zum erstenmal ein einfaches und scharf zu umreißendes Merkmal für die zu zählenden Personen verwandt wurde. In den Staaten, die sowohl zum Norddeutschen Bund als auch zum Zollverein gehörten, mußte die Zollabrechnungs- und die ortsanwesende Bevölkerung festgestellt werden. Baden schloß sich dem an; in Bayern und Württemberg wurde dagegen nur die erstere ermittelt.

Die dritte Volkszählungsperiode reicht von 1871 bis 1910. Die Arbeiten für die Volkszählung von 1871, die erste dieser Periode, konnten weitgehend auf den Erfahrungen von 1867 aufbauen. Zu Anfang des Jahres 1870 war bereits eine »Kommission zur weiteren Ausbildung der Statistik des Zollvereins« gebildet worden, die u. a. auch Richtlinien für die künftigen Volkszählungen aufstellte. Die 1870 fällige Volkszählung mußte infolge des Deutsch-Französischen Krieges um ein Jahr hinausgeschoben werden. Sie wurde nach den Plänen der Kommission am 1. Dezember 1871 durchgeführt. Durch ehrenamtliche Zähler waren die Zählpapiere auszuteilen und wieder einzusammeln. Die Zählung war eine namentliche. Entweder wurden Haushaltungslisten, in die sämtliche in der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember in der Haushaltung anwesenden Personen einzutragen waren, verwendet oder aber Zählkarten für jede einzelne Person, die dann in besonderen Umschlägen, sogenannten Zählbriefen, haushaltungsweise zusammenzufassen waren. Das Verfahren, das bei der ersten Volkszählung im Deutschen Reich vor 70 Jahren angewendet wurde, entsprach also schon weitgehend dem heute noch üblichen. 1871 beschränkte man sich — ebenso wie bei den späteren Zählungen bis 1910 — auf die Feststellung der ortsanwesenden Bevölkerung. In einem Zeitabstand von jeweils 5 Jahren, und zwar in allen auf 0 oder 5 ausgehenden Kalenderjahren, fand dann bis zum Jahre 1910 am 1. Dezember eine Volkszählung statt. Die in den Jahren 1915 und 1920 fälligen Zählungen fielen wegen des Weltkrieges und seiner Folgen aus.

Erst im Jahre 1925, also nach 15 Jahren, kam es wieder zu einer Zählung, die, wie dann auch die der Jahre 1933 und 1939, als Volks-, Berufs- und Betriebszählung zu einer großen volkswirtschaftlichen Bestandsaufnahme des Deutschen Reichs ausgebaut wurde und die 4. Volkszählungsperiode einleitet. In den Jahren 1882, 1895 und 1907 waren bereits Berufs- und Betriebszählungen durchgeführt worden, deren Stichtag aus Zweckmäßigkeitsgründen in den Juni gelegt worden war. Mit diesen Zählungen war zwar auch eine allgemeine Erfassung der Bevölkerung verbunden, ihren Ergebnissen kam aber nicht die rechtliche Bedeutung der Volkszählungsergebnisse zu. Die Verbindung der Volkszählung mit den Berufs- und Betriebszählungen erforderte eine Verlegung des Termins in die Mitte des Jahres. 1925 und 1933 war der Stichtag daher der 16. Juni, 1939 der 17. Mai. Da sich aber durch die im Mai und Juni schon recht lebhafte Reisetätigkeit zu starke zeitweilige Bevölkerungsverchiebungen ergaben, genügte die Feststellung der ortsanwesenden Bevölkerung nicht mehr. Durch Abzug der nur vorübergehend anwesenden und Hinzuzählung der nur vorübergehend abwesenden Personen wurde die Wohnbevölkerung ermittelt, auf die sich seither alle endgültigen Zahlen, auch die über die Gliederung der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter und Familienstand usw., beziehen. 1939 kam zu der bisherigen Wohnbevölkerung noch die Ständige Bevölkerung hinzu, das ist die Wohnbevölkerung ohne die ihrer Dienstpflicht genügenden

Soldaten und Arbeitsmänner und ohne die Arbeitsmädchen¹⁾. Die Wohnbevölkerung der Nachkriegszählungen ist aber durchaus mit der ortsanwesenden Bevölkerung der Vorkriegszählungen vergleichbar, da vor dem Weltkrieg die zeitweiligen Bevölkerungsverchiebungen im Winter sehr gering waren.

Die Geschichte der Volkszählungen spiegelt den Gang der Einigung des deutschen Volkes und Reiches wider. Gab es in der Zeit von 1816 bis vor 1834 lediglich unabhängig voneinander in den einzelnen Ländern vorgenommene Bevölkerungsfeststellungen, so bildete sich seit der Gründung des Deutschen Zollvereins im Jahre 1834 und mit dessen Entwicklung in zunehmendem Umfang ein einheitliches Verfahren aus. Die Errichtung des Norddeutschen Bundes beeinflusste die Zählung von 1867, und nach der Gründung des Deutschen Reiches durch Bismarck wurde bei der Volkszählung von 1871 erstmals ein für alle Länder verbindliches Rahmenprogramm aufgestellt, dessen Ausgestaltung und Durchführung aber zunächst selbständige Aufgabe der Länder blieb. An das Statistische Reichsamt, das damals die Bezeichnung »Kaiserliches Statistisches Amt« führte, waren nur die Hauptergebnisse nach dem aufgestellten Rahmenprogramm einzusenden.

Die in den Jahren 1882, 1895 und 1907 durchgeführten Berufs- und Betriebszählungen waren demgegenüber von vornherein Angelegenheiten des Reichs, für deren Kosten auch das Reich aufkam. Diese Trennung der Zuständigkeit blieb noch bei den Zählungen von 1925 und 1933 bestehen. Obwohl auch für die Volkszählungen bestimmte, gegenüber der Zeit vor dem Weltkrieg erweiterte Anweisungen seitens des Reiches gegeben wurden, war ihre Finanzierung nach wie vor den Ländern vorbehalten. Die Kosten der mit der Volkszählung verbundenen Berufs- und Betriebszählungen trug dagegen das Reich. 1939 wurden erstmals die Kosten für das ganze Zählungswerk vom Reich aufgebracht. Bei dieser letzten Zählung wurde auch die Ermittlung der wichtigsten gemeindeweisen Ergebnisse, die bis dahin in das Ermessen der einzelnen statistischen Landesämter gestellt war, vom Statistischen Reichsamt übernommen, da die vielseitigen Planungs- und Aufbauarbeiten einheitliche Zahlenunterlagen für das Reich in weitestgehender regionaler Gliederung erforderten. Die Zählung von 1939 war die erste, bei der die Tabellen für das ganze Reich maschinell mit Lochkarten nach dem Hollerithsystem aufgestellt wurden. Dies Verfahren ermöglichte — trotz der zahlreichen Schwierigkeiten infolge des Krieges — die Durchführung der viel umfangreicheren Arbeiten in kürzerer Zeit als früher bei der dezentralisierten, manuellen Aufbereitung.

Der Umfang der Erhebungen

Die folgende kurze Darstellung der Entwicklung des Erhebungsumfanges berücksichtigt nur die Nachweise, die jeweils für das ganze Zählungsgebiet aufzustellen waren. Bei fast allen Zählungen wurden von den meisten statistischen Landesämtern darüber hinaus weitere Ergebnisse bereitgestellt, auf die hier nicht eingegangen werden kann.

Vor 1834 gab es, wie schon erwähnt, keine Vereinbarungen zwischen den verschiedenen deutschen Ländern über ein einheitliches Erhebungsprogramm. Bei den Zählungen, die in den Zollvereinsstaaten seit 1834 alle 3 Jahre vorzunehmen waren, wurde vom Zollverein nur die Zahl der Familien, die Bevölkerungszahl in der Gliederung nach dem Geschlecht und nach zwei Altersgruppen bis 14 und über 14 Jahre alt (nichterwerbsfähige und erwerbsfähige Bevölkerung) für die größeren Verwaltungsbezirke verlangt.

1871 waren dem Kaiserlichen Statistischen Amt folgende Angaben für die größeren Verwaltungsbezirke zu liefern: Fläche, Zahl der Wohnhäuser und Haushaltungen, letztere gegliedert nach Einzel-, Familien- und Anstaltshaushaltungen, die ortsanwesende Bevölkerung nach dem Geschlecht, nach Geburtsjahren, dem Geburtsort, der Staatsangehörigkeit und dem Reli-

¹⁾ Vgl. »W. u. St.«, 1940, Heft 17, S. 381.

gionsbekenntnis, ferner nach 10-jährigen Geburtsjahrsgruppen in Kombination mit dem Familienstand, sodann eine Übersicht über die Entwicklung der Bevölkerung seit 1867 unter Berücksichtigung der natürlichen Bevölkerungsbewegung und eine Gliederung nach Wohnplatzgrößenklassen (Bevölkerung in Wohnplätzen bis 2 000 und mit über 2 000 Einwohnern). Bei den späteren Zählungen waren im wesentlichen die gleichen Ergebnisse wie 1871 zu ermitteln. Nicht mehr ausgewertet wurde die Frage nach dem Geburtsort. Erweitert wurde dagegen nach und nach das Aufbereitungsprogramm in regionaler Beziehung. 1890 war erstmals für die kleineren Verwaltungsbezirke die Bevölkerungszahl gegliedert nach dem Geschlecht und nach 2 Altersgruppen nachzuweisen: ferner waren die Wohnplätze mit 2 000 und mehr Einwohnern einzeln mitzuteilen. 1900 wurde außerdem eine Übersicht über die Bevölkerung der kleineren Verwaltungsbezirke nach Gemeindegrößenklassen verlangt. Dieses Gliederungsprinzip war ganz neu, da bisher immer nur nach der Größe der Wohnplätze geordnet worden war. Die Erfragung der Muttersprache war vor dem Weltkrieg nur in dem Reichsprogramm der Volkszählung 1900 enthalten.

Für die Volkszählung von 1925 wurde ein Tabellenschema aufgestellt, das dann 1933 und 1939 im wesentlichen übernommen wurde. Die regionale Gliederung wurde für die Ergebnisse der Zählungen 1933 und besonders 1939 beträchtlich erweitert. Bei der Volkszählung vom 17. Mai 1939 wurden folgende Übersichten aufgestellt:

1. Verzeichnis der Gemeinden und Wohnplätze
- 2a. Die Wohnbevölkerung nach Gemeindegrößenklassen
- 2b. Die Ständige Bevölkerung nach Wohnplatzgrößenklassen
3. Fläche, Einwohnerzahl und Bevölkerungsentwicklung
- 4a₁. Die Bevölkerung nach Geburtsjahren und Familienstand
- 4a₂. Die Bevölkerung nach Altersjahren und Familienstand
- 4b. Die Bevölkerung nach wichtigen Altersgruppen
5. Die Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit

Für die Zählungen 1925 und 1933 liegen im großen und ganzen die gleichen Ergebnisse wie für 1939 vor, allerdings in nicht so eingehender regionaler Gliederung. Darüber hinaus wurde die Frage nach der Muttersprache 1925 für das ganze Reich, 1933 und 1939 nur für einzelne ausgewählte Gebiete ausgewertet; 1939 wurde dabei neben der Muttersprache auch die Volkszugehörigkeit berücksichtigt. 1933 und 1939 wurden eingehende Sonderauszählungen der Ausländer und der Juden vorgenommen, für die letzteren 1939 erstmals auf russischer Grundlage. 1925 war noch die Frage nach dem Wohnsitz bei Ausbruch des Weltkrieges gestellt worden, um einen Überblick über die durch den Weltkrieg verursachten Bevölkerungsverschiebungen zu gewinnen.

Die Feststellungen über die Zahl und die Zusammensetzung der Haushaltungen wurden bei den Nachkriegszählungen als Familien- und Haushaltungsstatistik zu einem besonderen, selbständigen Teil des gesamten umfangreichen Zählungswerks ausgebaut. Insbesondere 1939 ist sie wesentlich erweitert worden.

Die Veröffentlichung der Ergebnisse

Die Volkszählung vom 1. Dezember 1871 war die erste, deren Ergebnisse, soweit sie einheitlich erstellt worden waren, für das ganze Reich veröffentlicht wurden. Bei den früheren Zollvereinszählungen gab es noch keine zusammenfassende Veröffentlichung. Seitdem sind die Hauptergebnisse der Volkszählungen regelmäßig in den Bänden der »Statistik des Deutschen Reichs« oder in den »Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs« erschienen¹⁾. Der Tabellenteil über die Volkszählung vom 17. Mai 1939 befindet sich zur Zeit im Druck (Band 552 der »Statistik des Deutschen Reichs«).

Schon vor Erscheinen der Bände des amtlichen Quellenwerkes wurden die Hauptergebnisse der Volkszählungen von 1925, 1933 und 1939 unmittelbar nach der Fertigstellung in »Wirtschaft und Statistik« öffentlich und textlich dargestellt. Für die Zählung von 1939 lagen trotz des Krieges, der die Aufbereitungsarbeiten in mancher Hinsicht erschwerte und ihren Ablauf verzögerte, schon bis Ende 1940 die wichtigsten Zahlen in »Wirtschaft und Statistik« vor. Es erschienen bisher folgende Aufsätze²⁾:

¹⁾ Vgl. hierzu die Angaben im Quellennachweis des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich. — ²⁾ Außerdem verschiedene Aufsätze über Ergebnisse der Berufszählung und der landwirtschaftlichen Betriebszählung.

	Wirtschaft und Statistik
80 Millionen Reichsbevölkerung. Vorläufige Ergebnisse der Volkszählung 1939	1939, Heft 11
Die Bevölkerung des Deutschen Reichs 1939	1939, » 13
Die ortsanwesende Bevölkerung des Reichs und der Reichsteile, der größeren und kleineren Verwaltungsbezirke und der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern. Vorläufiges Ergebnis	1939, » 17/18
Die Wohnbevölkerung im Deutschen Reich 1939. Vorläufiges Ergebnis	1940, » 2
Mit Sonderbeilage ¹⁾ .	
Die Zahl der Haushaltungen. Vorläufiges Ergebnis	1940, » 2
Die Ausländer im Deutschen Reich. Vorläufiges Ergebnis	1940, » 11
Die Bevölkerung des Deutschen Reichs. Endgültiges Ergebnis der Volkszählung 1939	1940, » 17
Mit Sonderbeilage ¹⁾ .	
Deutschlands Wanderungsbilanz 1933—1939	1940, » 20
Die Wanderungsbilanz von Stadt und Land 1933—1939	1941, » 20
Stadt und Land im Deutschen Reich	1940, » 21
Altersaufbau und Familienstandsgliederung des deutschen Volkes	1940, » 23
(Ergebnisse für die einzelnen Reichsteile: »W. u. St.« 1940, Heft 12, 15, 17, 19)	
Die Religionsgliederung der Bevölkerung des Deutschen Reichs	1941, » 9
Mit Sonderbeilage ¹⁾ .	
Die Juden und jüdischen Mischlinge im Deutschen Reich. Vorläufiges Ergebnis	1940, » 5/6
Die Haushaltungen im Deutschen Reich nach Art, Größe und Zusammensetzung	1941, » 17
Mit Sonderbeilage ¹⁾ .	

¹⁾ Enthaltend die Angaben für die einzelnen Reichsteile, die größeren und kleineren Verwaltungsbezirke und die größeren Gemeinden.

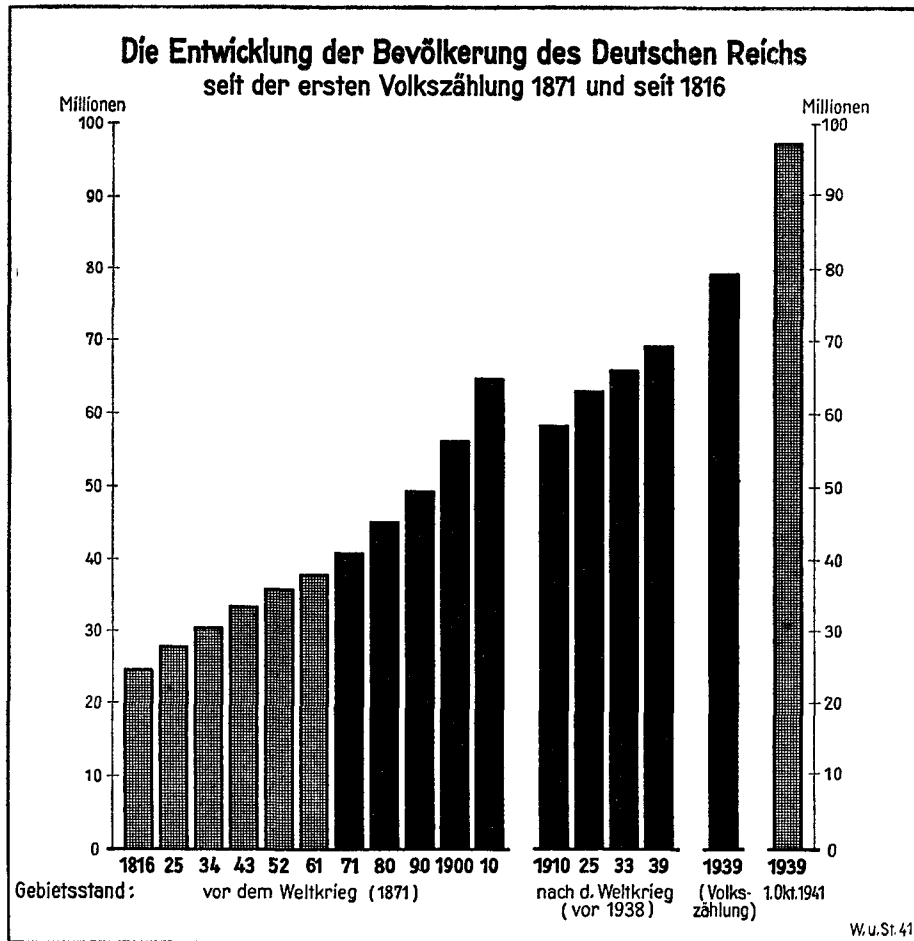
Auf Grund der Volkszählung von 1933 wurde erstmals ein »Amtliches Gemeindeverzeichnis für das Deutsche Reich« herausgegeben. Vorher war die Veröffentlichung von Gemeindeverzeichnissen den einzelnen statistischen Landesämtern allein überlassen worden. Das Gemeindeverzeichnis auf Grund der Volkszählung 1939 enthält (in seiner zweiten Auflage) auch die wichtigsten Bevölkerungszahlen für die seit Ausbruch des Krieges dem Reich wieder eingegliederten Gebiete, ferner für das Protektorat Böhmen und Mähren und das Generalgouvernement sowie für die unter deutscher Zivilverwaltung stehenden Gebiete von Elsaß, Lothringen und Luxemburg nach den neuesten zur Verfügung stehenden Feststellungen.

Die Bevölkerung des Deutschen Reichs seit der ersten Volkszählung 1871 und seit 1816

Die Bestandsaufnahmen der Bevölkerung sind seit der Reichsgründung nicht nur dem Inhalt nach mehr und mehr ausgebaut und verfeinert worden, auch ihr äußerer Rahmen hat sich entsprechend der Bevölkerungsentwicklung im Reich erweitert. Während die erste Reichszählung der Bevölkerung im Jahre 1871 nur 41 Mill. Menschen zu erfassen hatte, wurden 1939 rd. die doppelte Zahl, nämlich fast 80 Mill. Menschen, gezählt.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung von Gebiet und Bevölkerung des Deutschen Reiches seit der ersten Volkszählung im Jahre 1871 und darüber hinaus für die Zeit seit 1816.

Die Übersicht gibt gleichzeitig Aufschluß über die Gebietsveränderungen des Deutschen Reiches. Durch den Versailler Vertrag verlor das Reich rd. 70 000 qkm (13 vH) mit 6 bis 7 Mill. Einwohnern. Die im Jahre 1938 wiederingegliederten Gebiete der Ostmark und des Sudetenlandes umfassen über 110 000 qkm mit rd. 10 Mill. Einwohnern; sie brachten einen Gebietszuwachs von etwa 27 vH. Das heutige Reichsgebiet mit Protektorat Böhmen und Mähren hat eine Fläche von fast 730 000 qkm; seine Einwohnerzahl ist um rd. 18 Millionen größer als zur Zeit der Volkszählung 1939. Faßt man alle die Gebiete zusammen, die jetzt zum Deutschen Reich gehören oder unter unmittelbarer deutscher



Fläche und Bevölkerung des Deutschen Reichs 1816 bis 1939	Bevölkerung in 1 000	Einwohner je qkm	Durchschnittliche jährliche Zunahme in vH der mittleren Bevölkerung
Gebietsstand vor dem Weltkrieg (1. Dezember 1910) Fläche: 540 858 qkm			
1816	24 833	45,9	
1825	28 113	52,0	1,38
1834	30 611	56,6	0,95
1843	33 724	62,4	1,08
1852	35 932	66,4	0,70
1861	38 139	70,5	0,66
1871	41 061	75,9	0,74
1880	45 236	83,6	1,08
1890	49 428	91,4	0,89
1900	56 367	104,2	1,31
1910	64 926	120,0	1,41
Gebietsstand nach dem Weltkrieg (1. Januar 1938) Fläche: 470 545 qkm			
1910	58 451	124,2	
1925	63 181	134,2	0,54
1933	66 029	140,3	0,55
1939	69 317	147,3	0,81
Gebietsstand zur Zeit der Volkszählung vom 17. Mai 1939 ¹⁾ Fläche: 533 370 qkm			
1939	79 375	136,1	
Gebietsstand vom 1. Oktober 1941 ²⁾ Fläche: 729 611 qkm			
um 1939	97 516	133,7	

¹⁾ Ohne Memelland, das erst kurz zuvor dem Reich wieder eingegliedert wurde. — ²⁾ Mit Protektorat Böhmen und Mähren

Verwaltung stehen, so berechnet sich eine Bevölkerung von rd. 125 Millionen Personen.

Die zweite Übersicht zeigt die Entwicklung der Bevölkerung in dem gegenwärtigen Reichsgebiet (einschl. Protektorat Böhmen

und Mähren) seit 1816. In der Zeit von rd. 125 Jahren ist die Bevölkerung dieses Gebiets von 32 Millionen auf 97 Millionen gestiegen, d. h. sie hat sich mehr als verdreifacht. In den fast 70 Jahren von 1871 bis um 1939 ist die Bevölkerung um annähernd 44 Millionen oder 80 vH gewachsen. Im selben Maße wie die Einwohnerzahl erhöhte sich auch die Dichte der Bevölkerung je qkm. 1816 kamen nur 44,4 Einwohner auf den qkm, 1939 waren es 133,5.

Die Zahlen über die durchschnittliche jährliche Zunahme geben ein Bild von der Bevölkerungsentwicklung, die durchaus nicht gleichmäßig verlaufen ist. In der ersten Zeit war das Wachstum mit einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von über 1 vH sehr günstig. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts, in der Zeit der stärksten Auswanderung, sinkt die Zunahme recht beträchtlich, in den Jahren nach der Reichsgründung

Die Entwicklung der Bevölkerung im Gebiet des Deutschen Reichs ¹⁾ seit 1816	Bevölkerung in 1 000	Einwohner je qkm	Durchschnittliche jährliche Zunahme	
			in 1 000	in vH der mittleren Bevölkerung
1816	32 379	44,4		
1825	36 745	50,4	485	1,40
1834	39 995	54,8	361	0,94
1843	43 841	60,1	427	1,02
1852	46 728	64,0	321	0,71
1861	49 772	68,2	338	0,70
1871	53 728	73,6	396	0,77
1880	58 462	80,1	526	0,94
1890	64 719	88,7	626	1,02
1900	73 280	100,4	856	1,24
1910	83 743	114,8	1 046	1,33
1925	89 545	122,7	398	0,46
1933	93 350	127,7	476	0,52
1939	97 516	133,7	694	0,73

¹⁾ Gebietsstand vom 1. Oktober 1941 (mit Protektorat Böhmen und Mähren).

bis zum Beginn des Weltkriegs steigt sie kräftig an. Mit einer durchschnittlichen Zunahme von über 1 Million jährlich im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts wird der absolut höchste Wert erreicht. Wegen der blutigen Verluste und des Geburtenausfalls im Weltkrieg ist die Zunahme im Zählungsabschnitt 1910 bis 1925 außerordentlich gering. In den nachfolgenden Jahren hat sich infolge des anhaltenden Geburtenrückganges die Bevölkerungszahl nur sehr schwach erhöht. Nach der Macht-

übernahme beginnt sie aber wieder stärker zu wachsen. Die durchschnittliche jährliche Zunahme von 0,73 vH in den Jahren von 1933 bis 1939 erscheint zwar, verglichen mit der vor dem Weltkrieg, noch gering; da sie aber ein Mittelwert für die ganzen sechs Jahre ist, in denen von Jahr zu Jahr ein starkes Steigen der Geburtenziffer zu beobachten war, dürfte die jährliche Zunahme der Bevölkerung gegenwärtig schon erheblich über dieser Zahl liegen.

PREISE UND LÖHNE

Die Lebenshaltungskosten in der Welt im 3. Vierteljahr 1941

Der Anstieg der Preise für die Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs hat auch seit der Jahresmitte in den meisten Ländern angehalten, teilweise sich sogar verstärkt. Nach den letzten Ergebnissen der amtlichen Indexberechnungen, die verschiedentlich erst bis August reichen, betrug z. B. im 3. Vierteljahr 1941 die Erhöhung der Gesamtkosten für die Lebenshaltung auf dem europäischen Kontinent in Ungarn 8,6 vH (2 Monate), in Rumänien 6,7 vH (2 Monate), in Finnland und Portugal 5,0 vH. Etwas schwächer war die Aufwärtsbewegung in Bulgarien mit 3,3 vH (2 Monate), in der Schweiz mit 1,9 vH und in Norwegen mit 1,2 vH (2 Monate). Für Schweden (+ 0,9 vH), Dänemark (+ 0,6 vH) und das Deutsche Reich (— 0,6 vH) ergaben sich demgegenüber im ganzen nur geringe Preisveränderungen. Außerhalb des Kontinents waren ähnliche Unterschiede zu beobachten. Während die Verteuerung von Juni bis September in Island 9,6 vH ausmachte, belief sie sich in Peru auf 3,6 vH, in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Canada auf 3,4 vH. Der für Großbritannien ausgewiesene Stillstand der Lebenshaltungskosten im 3. Vierteljahr 1941 ist durch einen weiteren Ausbau der Subventionen erkaufte worden. In Japan, wo die Preise bereits seit längerer Zeit gehalten werden konnten, sind die Lebenshaltungskosten seit der Jahresmitte um 1,4 vH gesunken.

Zu der weiteren Erhöhung der Lebenshaltungskosten hat in den meisten Ländern wiederum hauptsächlich die Preissteigerung der Nahrungsmittel beigetragen, und zwar vielfach — besonders in Europa — im Zusammenhang mit der Heraufsetzung der Agrarpreise für die neue Ernte. Infolgedessen waren z. B. in Ungarn die Ernährungskosten im August um 15,3 vH, in Rumänien im gleichen Zeitpunkt um 9,7 vH und in der Slowakei im September um 9,3 vH höher als im Juni. Auch für Island ergab sich mit 12,4 vH eine beträchtliche Steigerung der Ernährungskosten. Unter 3 vH, d. h. unter 1 vH im Monatsdurchschnitt, blieb die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise vor allem in der Schweiz, in Dänemark, in der Union von Südafrika und in Norwegen. Schweden, Großbritannien und das Deutsche Reich verzeichneten leichte Preisrückgänge.

Auf den übrigen Gebieten der Lebenshaltung hielten sich die Preissteigerungen überwiegend in engeren Grenzen. So sind die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung sowie für »Verschiedenes« nur vereinzelt um mehr als 3 vH gestiegen, die Wohnungsmieten in fast allen Ländern unverändert geblieben. Lediglich für die Bekleidungskosten war in einer größeren Anzahl von Ländern weiterhin ein stärkerer Anstieg zu beobachten, der jedoch nach den verfügbaren Unterlagen lediglich in Rumänien über 5 vH hinausging und nur in vier weiteren Ländern die Grenze von 3 vH überschritt.

In Europa waren außer im Deutschen Reich auch in der Mehrzahl der nordischen Staaten die Preise im ganzen nur wenig ver-

ändert. Für Dänemark weist die amtliche Indexberechnung von Juli bis Oktober eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten um 0,6 vH aus. Während die Ernährungskosten hauptsächlich infolge von Preissteigerungen für gelbe Erbsen (10 vH), Tee (knapp 5 vH), Eier (fast 20 vH) und einige Fischarten um 1,2 vH anzogen, stiegen die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung um 0,5 vH, für Bekleidung um 1,0 vH und für »Sonstiges« um 1,4 vH. Die Wohnungsmieten und die in Dänemark in der Indexziffer berücksichtigten Steuern blieben unverändert. In Schweden wirkten sich Preiserhöhungen für Heiz- und Leuchtstoffe (7,7 vH), Kleidung (3,2 vH) und »Sonstiges« (1,3 vH) sowie Erhöhungen der Steuern (4,2 vH) in einer Gesamtsteigerung der Lebenshaltungskosten um nur 0,9 vH aus, da gleichzeitig die Ernährungskosten (0,5 vH) und die Ausgaben für Wohnung (2,5 vH) zurückgingen. Zum richtigen Verständnis dieser Zahlen muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die Berechnungsmethode der Indexziffer teilweise geändert worden ist. So werden z. B. die bisher in der Gruppe »Wohnung« enthaltenen Kosten für Zentralheizung jetzt in der Gruppe Heizung und Beleuchtung erfaßt. Es ist anzunehmen, daß der Rückgang des Wohnungsmietindex bei gleichzeitiger starker Erhöhung des Gruppenindex für Heizung und Beleuchtung hierdurch weitgehend bedingt ist. In der Indexziffer der Ernährungskosten wurden die Verbrauchsmengen insofern geändert, als nunmehr die Sätze der Kartationen als Grundlage für die Berechnung dienen. Die Nahrungsmittelpreise sind im 3. Vierteljahr im einzelnen teilweise gesunken (Weißkohl 6 vH, Hammelfleisch 5 vH), teilweise allerdings auch gestiegen (Eier 15 vH, Fische). Für Norwegen stehen nur Angaben bis August zur Verfügung. Danach haben sich die Gesamtkosten der Lebenshaltung in den ersten beiden Monaten des 3. Vierteljahrs um 1,2 vH erhöht, und zwar infolge von Preissteigerungen für Kleidung (2,0 vH), Nahrungsmittel (0,9 vH) und »Sonstiges« (1,0 vH). Stärkere Fortschritte machte die Teuerung in Finnland (+ 5,0 vH). Die Ernährungskosten stiegen infolge von Preiserhöhungen für Roggenmehl (5 vH), Roggenbrot (6 vH), Salzheringe (25 vH), Ersatzkaffee (8 vH) und Zucker (26 bis 46 vH), die teilweise durch Heraufsetzung der Zölle bedingt sind, um 6,3 vH, die Kosten für Heizung und Beleuchtung um 1,2 vH, die Bekleidungskosten um 4,4 vH und die Ausgaben für »Sonstiges« um 6,5 vH.

Von den Staaten Südosteuropas weist — soweit Indexberechnungen vorliegen — Bulgarien die geringste Erhöhung der Lebenshaltungskosten seit der Jahresmitte auf. Immerhin betrug die Steigerung der Gesamtkosten für die Lebenshaltung von Juni bis August bereits 3,3 vH. Neben den Nahrungsmitteln (5,6 vH) sowie den Heiz- und Leuchtstoffen (6,5 vH) sind vor allem die Ausgaben für »Sonstiges« (13,5 vH) stark gestiegen. Für die Slowakei stehen lediglich Angaben über die Entwicklung der Ernährungskosten zur Verfügung, die sich danach von Juni bis September um 9,3 vH erhöht haben. Im einzelnen sind zahlreiche Nahrungsmittel erheblich im Preis gestiegen, z. B. Weizenmehl und Kartoffeln um 30 vH, Rindfleisch um 26 vH, Schweineschmalz um 39 vH und Eier um 60 vH (teilweise jahreszeitlich). Von den Brennstoffen haben vor allem Steinkohlen (6 vH) und Brennholz (7 vH) im Preis angezogen. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten in Ungarn um 8,6 vH von Juni bis August ist fast ausschließlich eine Folge der staatlichen Agrarpreispolitik.

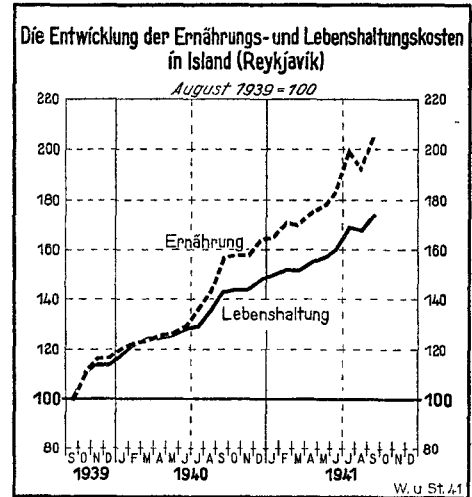
Während die Wohnungsmieten unverändert geblieben sind, sich die Kosten für Heizung und Beleuchtung um 0,4 vH und die für Bekleidung um 3,1 vH erhöht haben, betrug die Steigerung der Ernährungskosten in den ersten beiden Monaten des 3. Vierteljahrs 15,3 vH. Der Hauptteil dieser Steigerung entfällt auf den Juli, steht also in unmittelbarem Zusammenhang mit der zu dieser Zeit durchgeführten Neuordnung der Agrarpreise. Als wichtigste Nahrungsmittel, deren Einzelhandelspreise stark heraufgesetzt wurden, sind zu nennen: Rindfleisch (36 vH), Milch (24 vH), Käse (14 vH), Brot (15 vH), Mehl (28 vH) und Kartoffeln (23 vH). Von den Bekleidungsgegenständen haben vor allem Wirkwaren (Herrensocken und Damenstrümpfe) im Preis angezogen. Mitte September sind auch die Tarife im Post-, Telegraphen- und Fernsprecherhöhung worden. Die Lebenshaltungskosten in Rumänien stellten sich im August um 6,7 vH höher als im Juni, und zwar hauptsächlich infolge von Preissteigerungen für Nahrungsmittel (9,7 vH) und Kleidung (8,4 vH).

In der Schweiz scheint sich die Aufwärtsbewegung der Preise in den letzten Monaten etwas verlangsamt zu haben. Die amtliche Indexziffer lag im September um 1,9 vH über dem Stand vom Juni. Für Ernährung betrug die Erhöhung 2,0 vH (vor allem Fleisch, Fette, Eier, Mehl und andere Getreideerzeugnisse, Hülsenfrüchte, Kaffee, Tee), für Heizung und Beleuchtung 1,0 vH (hauptsächlich Petroleum), für Bekleidung 4,8 vH. Stärker war die Steigerung der Lebenshaltungskosten mit 5,0 vH in Portugal, wo ebenfalls im wesentlichen die Nahrungsmittelpreise (5,9 vH) angezogen haben.

Für Großbritannien gibt das Arbeitsministerium für September den gleichen Stand der Lebenshaltungskosten wie im Juni an. Die Ernährungskosten sollen sich im gleichen Zeitraum sogar um 1,2 vH ermäßigt haben. Aus Pressemeldungen geht hervor,

daß die weitgehende Stabilisierung der Preise nur auf Kosten eines weiteren Ausbaues des Systems der staatlichen Zuschüsse möglich war.

Eine starke Teuerung machte sich in dem anfänglich von Großbritannien, später von den Vereinigten Staaten von Amerika besetzten Island geltend. Von Juni bis September sind dort die Gesamtkosten der Lebenshaltung um 9,6 vH, die Ernährungskosten um 12,4 vH gestiegen.



Indexziffern der Ernährungs- und der Lebenshaltungskosten

Beim Vergleich der Indexziffern für verschiedene Länder ist zu beachten, daß Höhe und Bewegung der Indexziffern durch die unterschiedlichen Berechnungsmethoden (zeitliche Basis, Art und Menge der berücksichtigten Waren, Wägung der Preise) beeinflusst sind.

Länder	Basis (= 100)	Ernährung								Lebenshaltung*)									
		1940				1941				1940				1941					
		Sept.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Sept.	Febr.	Marz	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
in Landeswährung																			
Deutsches Reich	1913/14	129,9	127,4	128,0	128,6	129,7	130,6	134,2	133,0	128,3	131,6	131,9	132,1	132,4	133,4	134,1	136,1	135,7	133,3
Bulgarien	1914	2 150	2 450	2 474	2 521	2 595	2 614	2 671	2 761	—	2 044	2 232	2 255	2 288	2 319	2 328	2 364	2 404	—
Dänemark	1935	146	—	—	161	—	—	—	163	—	165	145	—	154	—	—	161	—	162
Finnland	Aug. 1938–Juni 1939	130	142	144	144	143	144	149	153	153	128	138	139	139	139	142	145	146	—
Frankreich	1930	—	—	—	—	—	—	—	—	—	160,0	—	—	—	—	—	—	—	—
Frankreich (Paris)	Juli 1914	941	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Griechenland	1914	2 549	2 900	2 951	—	—	—	—	—	—	2 455	2 711	2 742	—	—	—	—	—	—
Großbritannien ¹⁾	Juli 1914	169	169	170	171	170	167	166	165	189	197	198	198	198	199	199	199	199	199
Irischer Freistaat	Juli 1914	199	196	—	—	198	—	—	201	—	206	218	—	—	220	—	229	—	—
Island (Reykjavik) ¹⁾	I-III 1939	160	174	172	178	181	185	204	194	208	141	150	150	153	155	157	167	166	172
Kroatien (Agram)	Aug. 1939	129,5	—	181,1	—	195,8	—	—	—	219,0	122,8	—	163,1	—	169,9	—	—	—	213,0
Norwegen	1938	130,3	139,9	143,7	144,9	146,3	147,6	148,0	148,9	—	125,7	133,7	135,0	135,8	136,9	138,9	139,5	140,5	—
Portugal (Lissabon)	Juli 1938–Juni 1939	115,7	120,2	119,0	119,3	119,9	117,8	123,0	123,4	124,8	115,2	119,1	118,1	118,3	118,8	117,1	121,4	121,8	123,0
Rumänien (Bukarest)	1. Aug. 1916	5 369	6 097	6 187	6 370	7 524	7 932	8 843	8 701	—	5 855	6 289	6 266	6 563	6 954	7 724	8 241	8 243	—
Schweden	Juli 1914	172	—	197	—	—	192	—	—	191	197	—	219	—	219	—	—	—	221
Schweiz	Juni 1914	149,2	160,1	161,3	167,7	171,5	177,7	179,4	180,4	181,2	153,2	162,9	163,7	168,7	171,2	174,8	177,1	177,7	178,2
Slowakei	Juli 1914	853	870	890	920	942	965	995	1 017	1 055	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Spanien	Juli 1936	220,2	278,3	2 833	287,5	294,3	294,0	296,0	—	—	182,6	215,4	219,6	222,7	227,5	228,0	230,0	—	—
Turkei (Istanbul)	1. Hj. 1914	1 097	1 411	1 417	1 405	—	—	—	—	—	1 076	1 196	1 242	1 236	—	—	—	—	—
Ungarn (Budapest)	1913	108,3	115,1	115,5	123,1	123,1	123,5	139,0	142,4	—	112,3	119,0	119,3	123,3	123,9	132,6	134,5	—	—
Ägypten (Kairo)	Jan 1913–Juli 1914	127	133	134	134	135	145	—	—	—	146	160	163	165	165	172	180	—	—
Argentinien (Bue. Aires)	1935/39	100,8	96,7	98,1	101,2	103,2	105,7	108,0	—	—	105,0	102,7	103,5	105,2	106,3	107,7	110,0	110,5	—
Brit.-Indien (Bombay)	Juli 1933–Juni 1934	125	132	134	138	—	—	—	—	—	112	119	119	121	—	—	—	—	—
China (Sehanghai)	1926	452,9	579,9	655,3	736,0	866,9	800,0	836,4	—	—	432,7	565,2	617,2	676,5	758,5	724,0	761,8	—	—
Canada	1913	121	124	125	124	129	132	138	141	—	137	140	142	144	145	147	149	150	—
Columbien (Bogotá)	Febr. 1937	111,2	108,3	109,5	114,4	113,8	112,4	108,6	109,9	—	112,7	111,6	112,5	115,6	115,4	114,8	111,9	113,1	—
Japan (Tokio)	Juli 1914	283	273	—	—	—	—	—	—	—	264,5	—	—	—	—	264,2	263,6	263,6	260,5
Mandschukuo (Hsingking)	1938	237,0	266,0	273,0	—	—	—	—	—	—	226,5	240,0	245,0	—	—	—	—	—	—
Mexiko	1934	152,5	157,0	155,0	152,0	152,0	154,0	—	—	—	156,1	159,0	158,0	157	158	160,0	—	—	—
Peru	1913	180,0	186	196	191	192	196	193	194	204	185,9	190,6	196,1	193,3	194,3	196,5	195,0	197,0	203,6
Südafrikanische Union	1938	102,9	105,1	106,1	108,3	109,3	110,4	113,6	111,5	110,4	104,5	105,5	106,6	107,7	107,7	108,7	109,8	108,7	108,7
Ver. St. v. Amerika	1913 ²⁾	121,8	122,5	123,1	126,8	128,5	133,5	135,2	136,8	140,2	142,0	143,2	144,6	144,6	145,9	147,6	150,9	150,9	—
in Gold ³⁾																			
Großbritannien ¹⁾	Juli 1914	82,8	82,8	83,2	83,6	83,2	81,8	81,8	81,3	80,8	92,6	96,5	96,9	96,8	96,9	97,4	97,5	97,4	97,5
Schweiz	Juni 1914	104,9	113,8	114,6	118,7	121,8	126,3	128,7	129,2	129,1	107,7	115,8	116,4	119,9	121,6	124,2	127,1	127,2	127,0
Japan (Tokio)	Juli 1914	78,7	75,9	—	—	—	—	—	—	—	73,6	—	—	—	73,4	73,7	—	—	—
Ver. St. v. Amerika	1913 ²⁾	71,9	72,4	72,7	74,9	78,8	78,8	79,9	80,8	82,8	83,9	84,2	84,6	85,4	85,4	86,2	87,2	89,1	89,1

* Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Bekleidung, Sonstiges. Dänemark, Finnland und Schweden einschließlich Steuern; Japan ohne Wohnung; Schweiz, Ungarn ohne Sonstiges; Rumänien und Mexiko ohne Wohnung sowie Heizung und Beleuchtung. — ¹⁾ Die amtlich für den Monatsanfang berechnete Indexziffer ist hier zur besseren internationalen Vergleichbarkeit jeweils als Ziffer für das Ende des Vormonats eingesetzt. — ²⁾ Neue Reihe des Bureau of Labor Statistics. — ³⁾ Die Goldindexziffern sind unter Zugrundelegung der Goldwerte der Valuten der einzelnen Länder vom Statistischen Reichsamt berechnet. — ⁴⁾ Oktober. — ⁵⁾ November. — ⁶⁾ Dezember. — ⁷⁾ August.

FINANZEN UND GELDWESEN

Der Umlauf von Industrieanleihen und verwandten Schuldverschreibungen Ende 1940

Die Untersuchung erfaßt alle Teilschuldverschreibungen von privatrechtlichen Unternehmungen, Vereinen und anderen privatrechtlichen Körperschaften mit Ausnahme der Bodenkreditinstitute. Die Angaben sind durch Pressenachrichten und ergänzende Umfrage bei den Schuldnern gewonnen. Nicht erfaßt sind die Anleihen, deren Schuldner sich in Konkurs befinden.

Neben der privaten Anleiheverschuldung der Ostmark sind auch die Industrieanleihen des Sudetengaus erstmalig in den Gesamtergebnissen enthalten.

Der Umlauf von Industrieanleihen und verwandten Schuldverschreibungen im Deutschen Reich betrug Ende 1940 4,0 Mrd.

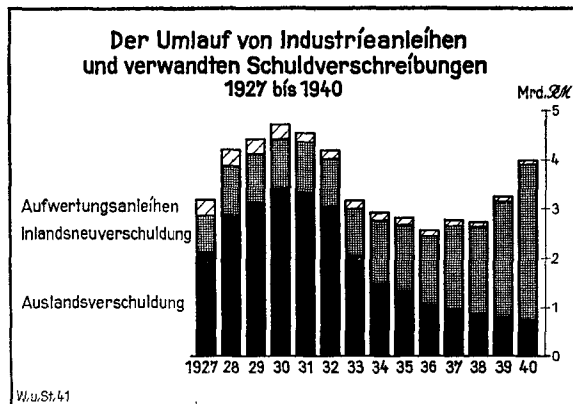
R.M. Zusammensetzung und Entwicklung der Anleiheverschuldung zeigt die folgende Übersicht:

	31. 12. 1940	31. 12. 1939
Mill. <i>R.M.</i>		
Aufgewertete Schuldverschreibungen	70,8	79,3
darunter Genußrechte	20,0	22,6
Auf Sachwerte lautende Schuldverschreibungen	0,5	1,5
Reichsmark-, Goldmark- und Festmarkschuldverschreibungen	3 171,9	2 335,1
Inländische Schuldverschreibungen zusammen	3 243,2	2 415,9
Im Ausland aufgelegte Schuldverschreibungen	760,8	827,0
Insgesamt	4 004,0	3 242,9

Gesamtumlauf von deutschen Industrieanleihen und verwandten Schuldverschreibungen*)	Umlauf am 31. Dezember 1940									Umlauf am 31. Dezember 1939								
	Inlandschuldverschreibungen						Auslandschuldverschreibungen			Inlandschuldverschreibungen						Auslandschuldverschreib.		Insgesamt umlaufender Betrag (Sp. 15 und 17)
	Aufwertungs-schuldverschreibungen		darunter Genußrechte	Neuerschuldung*) auf Reichsmark, Goldmark oder Festmark lautende Schuldverschreib.		Umlaufender Betrag insgesamt	Zahl der Aussteller		Umlaufender Betrag	Aufwertungs-schuldverschreibungen		darunter Genußrechte	Neuerschuldung*) auf Reichsmark, Goldmark oder Festmark lautende Schuldverschreib.		Umlaufender Betrag insgesamt	Zahl der Aussteller		Umlaufender Betrag
	Zahl d. Aussteller	Umlaufender Betrag		Zahl d. Aussteller	Umlaufender Betrag		1000 <i>R.M.</i>	1000 <i>R.M.</i>	1000 <i>R.M.</i>	Zahl d. Aussteller	Umlaufender Betrag		Zahl d. Aussteller	Umlaufender Betrag		1000 <i>R.M.</i>	1000 <i>R.M.</i>	1000 <i>R.M.</i>
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Ind. der Grundstoffe	35	11 852	2 079	60	1 093 927	1 105 779	20	213 697	1 319 476	36	13 521	2 389	50	764 045	777 566	20	242 122	1 019 688
darunter																		
Gewinnung v. Steinkohlen	9	1 268	545	12	352 028	353 296	6	47 785	401 081	9	1 330	605	11	312 438	313 768	6	49 205	362 973
Gewinnung v. Braunkohlen	1	14	14	3	65 500	65 514	1	564	66 078	1	16	16	2	10 500	10 516	1	598	11 114
Kaliberbergbau	3	388	384	1	50 000	50 388	2	77 619	128 007	3	423	419			423	2	88 010	88 433
Steinkohlenbergbau und Eisengewinnung*)	6	9 623	659	14	341 441	351 064	6	77 090	428 154	6	10 694	670	13	284 387	295 081	6	93 032	388 113
Erzbergbau mit Eisen- und Metallgewinnung*)	2	145	145	5	81 892	82 037	2	5 820	87 857	2	612	318	3	32 272	32 884	2	6 246	39 130
Baustoffindustrie	5	78	17	8	6 476	6 554			6 554	6	83	20	9	6 889	6 972			6 972
Eisen- u. Metallgewinnung*)	3	160	139	7	129 517	129 677	1	844	130 521	3	176	154	3	71 201	71 377	1	1 098	72 475
Papierzeugung	5	154	154	8	32 073	32 227	1	1 446	33 673	5	165	165	7	16 358	16 523	1	1 442	17 965
Verarbeitende Ind. ...	75	15 038	5 746	88	1 117 411	1 132 449	23	144 282	1 276 731	85	17 535	7 352	87	820 674	838 209	23	152 332	990 541
darunter																		
Feinkeramik und Glasind.	2	75	68	6	1 643	1 718	1	890	2 608	2	88	72	6	1 841	1 929	1	1 028	2 957
Maschinen- u. Apparatebau	16	1 101	851	6	8 982	10 083	1	1 009	11 092	18	1 372	1 077	5	5 177	6 549	1	1 103	7 652
Fahrzeugbau	4	764	765	3	20 999	21 763	1	5 000	26 763	5	946	922	4	22 977	23 923	1	4 986	28 909
Elektrotechnische Industrie	5	9 908	3 229	10	128 673	138 581	9	91 412	229 993	5	11 473	4 244	9	110 351	121 824	9	98 379	220 203
Chemische Industrie	4	2 001	124	14	883 177	885 178	3	38 687	923 865	4	2 108	124	11	593 136	595 244	3	39 336	634 580
Spinnereien u. Webereien	5	205	30	11	22 926	23 131	1	1 089	24 220	5	229	34	11	24 573	24 802	1	1 072	25 874
Leder- u. Linoleumind.	1	8	8	1	3 000	3 008			3 008	1	9	9	1	3 000	3 009			3 009
Kautschuk- u. Asbestind.	1	2	2	1	3 973	3 975	1	614	4 589	1	4	4	1	4 500	4 504	1	614	5 118
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	28	642	555	29	32 653	33 295	1	663	33 958	32	892	685	31	39 068	39 960	1	663	40 623
darunter Brauereien u. Mälzereien	22	583	497	25	24 209	24 792			24 792	25	816	611	27	30 600	31 416			31 416
Wasser-, Gas- u. Elektrizitätsgewinnung.	28	19 197	3 604	40	697 121	716 770	44	350 445	1 067 215	31	22 717	3 792	40	534 328	558 559	45	372 182	930 741
darunter																		
Wasserwerke				2	7 897	7 897	3	16 993	24 890	8			2	8 114	8 114	3	18 188	26 302
Gaswerke	6	654	441	3	59 166	59 835	2	12 185	72 020	8	742	491	3	59 359	60 116	2	13 346	73 462
Elektrizitätswerke	20	18 459	3 080	34	560 461	579 210	37	306 637	885 847	21	21 891	3 218	34	442 258	465 476	38	324 543	790 019
Handelsgewerbe	22	2 952	401	23	40 508	43 460	5	13 124	56 584	24	3 144	450	24	39 379	42 523	5	15 196	57 719
darunter																		
Warenhandel	3	46	2	7	14 844	14 890	2	4 746	19 636	3	53	2	7	12 573	12 626	2	5 377	18 003
Grundstucksgesellschaften	14	2 027	370	9	19 768	21 795	2	4 859	26 654	16	2 198	418	9	19 647	21 845	2	6 142	27 987
Geld-, Bank- u. Börsenwesen	5	10 240	5 067	4	155 400	165 640			165 640	5	10 428	5 254	5	108 396	118 824			118 824
Beteiligungsgesellschaften				1	14 478	14 478	1	3 223	17 701				1	15 081	15 081	1	3 535	18 616
Verkehrswesen	32	3 267	2 544	14	45 694	48 961	6	36 039	85 000	36	3 688	2 751	13	45 532	49 220	8	41 671	90 891
darunter																		
See- und Küstenschifffahrt	4	386	386	1	14 500	14 886	1	25 474	40 360	4	399	399	1	14 500	14 899	2	28 585	43 484
Bahnen	27	2 012	1 289	11	25 539	27 551	4	6 571	34 122	31	2 408	1 471	11	26 783	29 191	5	8 466	37 657
Sonst. Gewerbegrupp.	8	8 216	559	7	7 404	15 621			15 621	8	8 246	577	8	7 674	15 921			15 921
Insgesamt	205	70 762	20 000	237	3 171 943	3 243 158	99	760 810	4 003 968	225	79 279	22 565	228	2 335 109	2 415 903	102	827 038	3 242 941

*) Ohne die Anleihen von in Konkurs geratenen Gesellschaften. — *) Auch Weiterverarbeitung. — *) Einschl. der mit Eisen- und Metallgewinnung verbundenen Werke. — *) Ferner Sachwertanleihen 5 Schuldner mit 0,5 Mill. *R.M.* — *) Darunter 0,5 Mill. *R.M.* Sachwertanleihen. — *) Ferner Sachwertanleihen 6 Schuldner mit 1,55 Mill. *R.M.* — *) Darunter 1,55 Mill. *R.M.* Sachwertanleihen.

Im Jahre 1940 hat sich also die Anleiheverschuldung der privaten Wirtschaft gegenüber dem Vorjahr¹⁾ wiederum erhöht, und zwar um 761 Mill. *R.M.* oder um 23,5 vH. Wie im Jahre 1939 entfällt auch diesmal der Hauptteil der begebenen Neuemissionen auf die Grundstoffindustrien und die chemische Industrie. Wesentlich sind ferner die Versorgungswirtschaft und das Geld-, Bank- und Börsenwesen an dem Zuwachs beteiligt. Die Bedeutung der industriellen Schuldverschreibung als Mittel der Kapitalbeschaffung zeigt sich deutlich, wenn man das Anwachsen des Gesamtumlaufs der Industrieschuldverschreibung mit der Erhöhung des Gesamtnominalkapitals der Kapitalgesellschaften (A. G., K. G. a. A. und G. m. b. H.) vergleicht. Dieses ist von rd. 25 Mrd. *R.M.* Ende 1939 auf rd. 26,6 Mrd. *R.M.* Ende 1940, also um 6,6 vH, gestiegen. Demnach hat der Umlauf an Industrieschuldverschreibungen vergleichsweise stärker zugenommen.



Die Neuemissionen des Jahres 1940 liegen mit 886 Mill. *R.M.* höher als die des Vorjahrs (512 Mill. *R.M.*). Sie wurden ausschließlich im Inland begeben. Auf die Grundstoffindustrien entfallen von diesen Neuanleihen allein 335 Mill. *R.M.* An zweiter Stelle folgen die verarbeitenden Industrien mit 315 Mill. *R.M.* Ansehnlich ist auch der Betrag von 181 Mill. *R.M.*, mit dem die Versorgungswirtschaft beteiligt ist. Von den restlichen 55 Mill. *R.M.* wurden 50 Mill. *R.M.* Anleihen vom Geld-, Bank- und Börsenwesen ausgegeben. An Tilgungen von Schuldverschreibungen im In- und Ausland (einschließlich Valutaunterschiede und Neuerfassung von Anleihen) stehen den Emissionen 125 Mill. *R.M.* gegenüber (im Vorjahr 162 Mill. *R.M.*). Die darin enthaltenen Tilgungen von Inlandsanleihen machen 51 Mill. *R.M.* (39 Mill. *R.M.*) aus.

Der Eigenbesitz der Schuldner von Industrieanleihen und verwandten Schuldverschreibungen belief sich Ende 1940 auf 223 Mill. *R.M.* gegenüber 246 Mill. *R.M.* Ende 1939; er ist also weiter zurückgegangen.

Wie im Vorjahr hat sich auch der Umlauf von Aufwertungsanleihen im Jahre 1940 wieder etwas verringert. Ende 1939 betrug dieser ohne Genußrechte 57 Mill. *R.M.*, Ende 1940 nur noch 51 Mill. *R.M.* Ebenso sind die Genußrechte der Altbesitzer zurückgegangen. Diese Genußrechte, deren Umlaufbetrag seit 1934 beträchtlich abnahm, haben sich im Jahre 1940 wiederum um 2,6 Mill. *R.M.* vermindert (Ende 1939 waren noch 22,6 Mill. *R.M.* vorhanden). Auch die Zahl der Schuldner von Aufwertungsanleiheverschreibungen hat abgenommen, und zwar von 225 Ende 1939 auf 205 Ende 1940.

Die wenigen noch umlaufenden Sachwertanleihen, die Ende 1939 1,5 Mill. *R.M.* betragen, sind im Jahre 1940 bereits auf 0,5 Mill. *R.M.* zusammengeschmolzen.

Der Umlauf an inländischen auf Reichsmark, Goldmark oder Festmark lautenden Industrieanleihen betrug Ende

1939 2 335,1 Mill. *R.M.*, Ende 1940 3 171,9 Mill. *R.M.* Er ist im Jahre 1940 um 836 Mill. *R.M.*, also um fast $\frac{2}{3}$ mehr als im Vorjahr (511 Mill. *R.M.*), gestiegen. Von den neu aufgenommenen 41 Inlandsanleihen sind zu nennen:

Hydrierwerke Pölitz	80	Mill. <i>R.M.</i>
Gelsenberg-Benzin A. G., Gelsenkirchen	75	»
Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoff-A. G., Wesseling	60	»
A. G. Sächsische Werke, Dresden	50	»
Deutsche Industriebank, Berlin	50	»
Rheinische A. G. für Braunkohlenbergbau u. Brikettfabrikation	50	»
Wintershall A. G., Kassel	50	»
Vereinigte Elektrizitäts-Werke Westfalen A. G., Dortmund	45	»
Braunkohle-Benzin A. G.	40	»
Preußische Bergwerks- u. Hütten A. G., Berlin	40	»
Mannesmannröhren-Werke A. G., Düsseldorf	30	»
Hoesch A. G., Dortmund	25,5	»
Stückstoffwerke Ostmark A. G., Linz	25	»
Vorarlberger Illwerke A. G.	25	»
Accumulatoren-Fabrik A. G., Berlin-Hagen	20	»
Gebr. Böhler & Co., Wien	20	»
Eisen- und Hüttenwerke, Köln	20	»
Hamburgische Electricitäts-Werke A. G.	20	»

Die ausländischen Anleihen der Privatwirtschaft haben weiter abgenommen (Ende 1939 827 Mill. *R.M.*, Ende 1940 761 Mill. *R.M.*); Tilgungen und Valutaunterschiede machten dabei einen Betrag von insgesamt 65 Mill. *R.M.* aus. Der Betrag des Rückgangs verteilt sich wiederum auf die Grundstoffindustrien, die Versorgungswirtschaft, die verarbeitenden Industrien und die Verkehrswirtschaft.

Die Anleiheverschuldung der privatrechtlichen Unternehmungen in öffentlicher Hand ¹⁾	Wasser-, Gas- u. Elektrizitätsgew.	Verkehrswesen	Sonstige Unternehmen	Insgesamt
am 31. Dezember 1940				
Inlandsschuldverschreibungen				
Aufgewertete Schuldverschreibg. ²⁾	13 332	565	286	14 183
Sachwertschuldverschreibungen	452	—	—	452
Auf <i>R.M.</i> oder <i>G.M.</i> lautende Sch.	575 847	22 134	153 576	751 557
Zusammen	589 631	22 699	153 862	766 192
Auslandsschuldverschreibungen	302 959	6 571	11 847	321 377
Insgesamt	892 590	29 270	165 709	1 087 569
am 31. Dezember 1939				
Inlandsschuldverschreibungen				
Aufgewertete Schuldverschreibg. ²⁾	16 435	798	352	17 585
Sachwertschuldverschreibungen	1 514	—	—	1 514
Auf <i>R.M.</i> oder <i>G.M.</i> lautende Sch.	417 171	18 604	68 348	504 123
Zusammen	435 120	19 402	68 700	523 222
Auslandsschuldverschreibungen	322 612	8 466	12 684	343 762
Insgesamt	757 732	27 868	81 384	866 984

¹⁾ Unternehmungen in privatrechtlicher Form, bei denen sich mindestens 50 vH des Aktien- oder Stammkapitals unmittelbar oder mittelbar in Händen von öffentlich-rechtlichen Körperschaften befinden. — ²⁾ Mit Genußrechten.

Der Umlauf von Anleihen der privatrechtlichen Unternehmungen in öffentlicher Hand betrug Ende 1940 1 088 Mill. *R.M.* (Ende 1939 867 Mill. *R.M.*). Er ist also mit einer Zunahme von 221 Mill. *R.M.* gegenüber dem Vorjahr beträchtlich gestiegen. Der Betrag der Neuemissionen dieser Anleihen beläuft sich auf 268,5 Mill. *R.M.* Den Hauptanteil (176,5 Mill. *R.M.*) an dieser Neuverschuldung haben die Versorgungsbetriebe. Verhältnismäßig hoch ist aber auch der Anstieg der neuen Anleihen bei den »Sonstigen Unternehmungen«. Es handelt sich hierbei um 86 Mill. *R.M.* Anleihen, die in der Hauptsache von 3 größeren Unternehmungen des Bergbaus begeben wurden. Zu erwähnen ist noch, daß in der Gesamtzahl des Zugangs (268,5 Mill. *R.M.*) 33 Mill. *R.M.* enthalten sind, die im Vorjahr bei dem Umlauf der privaten Industrieanleihen erfaßt wurden, jetzt aber den Unternehmungen in öffentlicher Hand zuzuzählen sind. Der Unterschied zwischen Neuemissionen und Umlauferhöhung ergibt den Betrag der Tilgungen (einschließlich Valutaunterschiede bei Auslandsanleihen) von In- und Auslandsanleihen. Die Tilgungen haben sich gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die Zinsaufwendungen für die gesamten Anleiheschulden sind infolge der Zunahme des Anleiheumlaufs bis Ende 1940 auf

¹⁾ Vgl. »W. u. St.« 21. Jg. 1941, Nr. 1, S. 81.

Die Verzinsung der deutschen Industrieanleihen und verwandten Schuldverschreibungen	Von den umlaufenden Schuldverschreibungen waren zu verzinsen											Die Zinsbelastung beträgt			
	Inlandverschuldung							Auslandsverschuldung				aus			
	Aufgewertete Anleihen ¹⁾	Neuverschuldung						bis 5%	über 5% bis 6%	über 6% bis 7%	über 7% bis 8%	variabel	Inlandsverschuldung	Auslandsverschuldung	insgesamt
		unter 5%	5%	über 5% bis 6%	über 6% bis 7%	über 7% bis 8%	variabel								
1 000 R.M.															
Nach dem Stande vom 31. Dezember 1940 ²⁾															
Gewerbegruppen	9 773	399 228	653 525	8 743	—	—	32 431	35 773	33 588	134 311	—	10 025	53 453	13 197	66 650
Industrie der Grundstoffe	9 292	479 080	333 500	38 300	4 941	—	261 590	63 354	32 331	44 992	1 854	1 751	57 079	7 681	64 764
Verarbeitende Industrie	15 593	453 805	231 922	11 844	—	—	—	38 444	206 767	101 437	3 797	—	33 496	20 979	54 475
Wasser-, Gas- u. Elektrizitätsgew.	2 551	22 275	8 830	9 027	—	336	40	—	4 203	8 378	543	—	2 121	859	2 980
Handelsgewerbe	5 173	149 800	3 500	2 100	—	—	—	—	—	—	—	—	7 301	—	7 301
Geld-, Bank- und Borsenwesen	—	14 478	—	—	—	—	—	—	1 813	1 410	—	—	659	200	859
Beteiligungsgesellschaften	723	19 853	19 641	5 900	—	—	300	28 309	—	7 730	—	—	2 166	1 648	3 814
Verkehrswesen	7 657	41	15	7 299	—	50	—	—	—	—	—	—	826	—	826
Sonstige Gewerbegruppen	Insgesamt	50 762	1 538 560	1 250 933	83 215	4 941	386 294 361	165 68	278 702	298 258	6 194	11 776	157 101	44 568	201 669
Nach dem Stande vom 31. Dezember 1939 ²⁾															
Gewerbegruppen	11 132	234 206	487 643	9 448	80	—	32 668	35 633	36 616	156 744	—	13 129	37 861	15 093	52 954
Industrie der Grundstoffe	10 183	220 849	277 895	51 185	8 921	—	261 824	62 197	34 522	51 192	1 894	2 527	44 153	7 929	52 082
Verarbeitende Industrie	18 925	304 993	216 317	14 532	—	—	—	34 595	215 976	117 676	3 935	—	26 388	22 502	48 890
Wasser-, Gas- u. Elektrizitätsgew.	2 694	22 520	3 554	10 172	—	3 093	40	—	4 567	9 819	810	—	2 154	1 001	3 155
Handelsgewerbe	5 174	102 000	3 500	2 896	—	—	—	—	—	—	—	—	5 198	—	5 198
Geld-, Bank- und Borsenwesen	—	15 081	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	687	220	907
Beteiligungsgesellschaften	937	19 227	19 902	6 103	—	—	300	31 010	1 655	8 800	—	—	2 174	1 930	4 104
Verkehrswesen	7 669	41	15	7 326	—	50	24	—	—	—	—	—	843	—	843
Sonstige Gewerbegruppen	Insgesamt	56 714	1 018 917	1 008 826	101 662	9 001	3 143 295 07	63 431	295 538	341 770	6 639	15 656	119 458	48 675	168 133

¹⁾ Ohne Genußrechte. — ²⁾ Zinsberechnung nach der Zinshöhe Ende 1940. — ³⁾ Zinsberechnung nach der Zinshöhe von 1939.

202 Mill. R.M. gestiegen (Ende 1939 168 Mill. R.M.). Dieser Betrag entspricht einer durchschnittlichen Verzinsung von 5,1 vH. Der Durchschnittszinssatz ist demnach gegenüber dem Vorjahr (5,2 vH) erneut zurückgegangen. Die Inlandsanleihen beanspruchten innerhalb der gesamten Zinsaufwendungen einen Betrag von 157 Mill. R.M. (1939 119 Mill. R.M.) bei einem Durchschnittszinssatz von 4,9 vH (1939 5 vH). Die rückläufige Entwicklung des Zinsfußes ist darauf zurückzuführen, daß die Senkung des Nominalzinsfußes bei den Anleihen im Jahre 1940 weiter fortgeschritten ist. Dies ist allein schon bei den neu ausgegebenen Anleihen deutlich zu erkennen. Im Jahre 1939 waren die 512 Mill. R.M. Neuemissionen etwa je zur Hälfte mit einer 5⁰/₁₀igen und einer 4¹/₂⁰/₁₀igen Verzinsung ausgestattet; im Jahre 1940 dagegen wurden fast ⁵/₈ der 886 Mill. R.M. neu aufgenommenen Inlandsanleihen mit einem Zinssatz von 4¹/₂⁰/₁₀ und ¹/₈ sogar mit

4⁰/₁₀ ausgegeben; nur ²/₈ hatten eine 5⁰/₁₀ige Verzinsung. Die Zinsen für Auslandsanleihen betragen Ende 1940 noch 45 Mill. R.M. gegenüber 49 Mill. R.M. Ende des Vorjahres. Der Durchschnittszinssatz für Auslandsanleihen selbst ist gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben.

In der Ostmark wurden im Jahre 1940 rd. 80 Mill. R.M. Anleihen neu ausgegeben. Der Gesamtumlauf erhöhte sich von 110 Mill. R.M. Ende 1939 auf 180 Mill. R.M. Ende 1940. Die Tilgungen belaufen sich bei In- und Auslandsanleihen auf rd. 10 Mill. R.M., der Umtausch von Anleihen fremder Währung in Reichsmarkanleihen auf 1,6 Mill. R.M.

Der Umlauf der Privatschuldverschreibungen im Sudetengau (rd. 2 Mill. R.M.) zeigte im Jahre 1940 keine nennenswerte Veränderung.

Die Wertpapiermärkte im 3. Vierteljahr 1941 und der Tendenzumschwung am Aktienmarkt um die Vierteljahreswende

Die an den Wertpapiermärkten wirksamen Bedingungen, die bereits seit Kriegsbeginn zu einer fast ununterbrochenen Steigerung des Kursniveaus und einem entsprechenden Rückgang der Rendite geführt hatten¹⁾, haben auch im 3. Vierteljahr 1941 die Kursgestaltung beherrscht. Während sich die Veränderung des Kursstandes der festverzinslichen Wertpapiere in verhältnismäßig engen Grenzen hielt und die erzielten Kursgewinne sogar teilweise durch tatsächliche oder erwartete Konversionen wieder verloren gingen, hatte sich am Aktienmarkt eine Hausse durchgesetzt, deren Ausmaß mit der Wirtschaftspolitik mehr und mehr in Widerspruch geriet.

Der Reichswirtschaftsminister hat sich daher veranlaßt gesehen, zum Vierteljahresschluß einschneidende Maßnahmen zu ergreifen, um der ungesunden Entwicklung am Aktienmarkt Einhalt zu gebieten. Nach einer am 26. September 1941 veröffentlichten Mitteilung des Reichswirtschaftsministers an die

Reichswirtschaftskammer soll dieses Ziel nunmehr auf drei Wegen erreicht werden:

- Über die seit Kriegsbeginn von der gewerblichen Wirtschaft erworbenen Aktien, Kuxe und Kolonialanteile wird eine Erhebung eingeleitet. Die Wertpapiere, die bis zu einem noch festzusetzenden Zeitpunkt verkauft werden, brauchen nicht gemeldet zu werden.
- Den Kreditinstituten wird die Gewährung von Krediten zum Ankauf von börsengängigen Aktien, Kuxen oder Kolonialanteilen untersagt. Falls derartige Kredite bereits bestehen und nicht bis zum 31. Oktober abgewickelt werden, sind sie dem Reichsaufsichtsamt für das Kreditwesen zu melden.
- Die Kreditinstitute werden angewiesen, alle Umsätze in börsengängigen Aktien über die Börse zu leiten, damit an dieser amtlich überwachten Stelle das Aktiengeschäft zusammengefaßt und kontrolliert werden kann.

¹⁾ Vgl. »W. u. St.« 1941, Nr. 16, S. 311.

Eine ausschlaggebende Bedeutung kommt dabei zweifellos dem ersten Weg zu. Zwar sind Bestimmungen über den Einsatz der zu meldenden Wertpapiere noch nicht getroffen; die Ankündigung der Erhebung soll aber offensichtlich diejenigen, die mit freigesetzten Betriebsmitteln Aktien gekauft haben, zur Veräußerung ihres Besitzes veranlassen, damit sie einer kommenden Registrierung ihres Besitzes entgehen.

Diese Maßnahmen haben an den Aktienmärkten eine völlig neue Lage geschaffen. Bereits die Ankündigung, daß behördliche Maßnahmen unmittelbar bevorständen, führte zu einer gewissen Kurskorrektur, die durch teilweise erhebliche Abgaben hervorgerufen wurde; die abgegebenen Stücke konnten selbst zu stark ermäßigten Kursen nur begrenzt Aufnahme finden. Die Bekanntgabe der Maßnahmen hatte sodann am 26. und 27. September einen Kurseinbruch zur Folge. Die Aktienkurse gingen scharf zurück; viele Notizen mußten überhaupt ausgesetzt werden, und eine große Zahl auch führender Werte wurde mit oft sehr niedrigen Prozentsätzen repartiert. Die Kursrückgänge setzten sich auch in der Folgezeit, wenn auch in abgeschwächtem Umfange, fort und wurden erst im letzten Drittel des Oktober wieder aufgefangen.

Der Rentenmarkt

Am Rentenmarkt hat bei der anhaltenden Materialknappheit der Anlagebedarf fast ausschließlich wieder in Reichstiteln seine Befriedigung gefunden. Das laufende Angebot der 3½%igen Reichsschatzanweisungen von 1941 ist auf die Kursgestaltung der übrigen Reichswerte — und der übrigen festverzinslichen Wertpapiere überhaupt — nicht ohne Einfluß geblieben. Immerhin haben die Kurse der übrigen Reichswerte überwiegend neue Höchstsätze erreicht. So stiegen die 4½%igen Reichsanleihen 1938 II und 1939 II in der Berichtszeit von 104,70 und 104,80 % auf 105,25% und die 4%igen Reichsschatzanweisungen von 1940, Folgen 6 und 7 (die noch annähernd 20 Jahre laufen) von 102,90 auf 104%. Auch die auslosbaren und kurzfristig kündbaren 4½- und 4%igen Schatzanweisungen haben fast ausnahmslos an der Aufwärtsentwicklung teilgenommen, wenn auch ihre Kurse hinter den Kursen der langlaufenden Schatzanweisungen und Anleihen — und bei den kurzfristig kündbaren Schatzanweisungen auch hinter den im Mai/Juni erzielten Höchstkursen — zurückblieben. In gleicher Weise haben sich auch die Kurse der Schatzanweisungen der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Reichspost erhöht; die 4%igen, 10 Jahre laufenden Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost werden dabei nach wie vor unter den Reichstiteln dieser Zinsfußgruppe am höchsten bewertet (104,75% gegenüber 103,50% Ende Juni).

Kursdurchschnitt festverzinslicher Wertpapiere (Monatsdurchschnitte)	1941	1941	1941	1941
	1941	1941	1941	1941
3½% Reichsschatzanweisungen	98,77	98,86	98,86	98,79
4% Wertpapiere				
Reichsschatzanweisungen ¹⁾	103,04	103,01	103,17	103,46
Preuß. Staatsanl. v. 1940	103,20	103,05	103,12	103,32
Schuldversch. des Umschuld.-Verb. deutscher Gemeinden	102,68	102,60	102,65	102,71
Pfandbriefe:				
Hyp.-Akt.-Banken	102,50	102,50	102,50	102,50
öffentl.-rechtl. Kreditanstalten	102,50	102,50	102,50	102,50
Kommunalobligationen:				
Hyp.-Akt.-Banken	102,50	102,50	102,50	102,50
öffentl.-rechtl. Kreditanstalten	102,50	102,50	102,50	102,50
4½% Wertpapiere				
Pfandbriefe	103,50	103,50	103,50	103,50
dav.: Hyp.-Akt.-Banken	103,50	103,50	103,50	103,50
öffentl.-rechtl. Kreditanst.	103,50	103,50	103,50	103,50
Kommunalobligationen	102,89	102,41	102,46	102,54
dav.: Hyp.-Akt.-Banken	103,35	102,54	102,54	102,50
öffentl.-rechtl. Kreditanst.	102,58	102,33	102,41	102,57
Länder- und Gemeindeanleihen	102,61	102,07	101,95	101,89
Gewogener Durchschnitt	103,27	103,11	103,11	103,11
Deutsche Reichsanleihen	104,91	105,01	105,13	105,13
Industrieobligationen	104,50	104,47	104,48	104,85
5% Industrieobligationen	103,83	103,76	104,35	104,99
Aufwertungspapiere				
Anl.-Abl.-Sch. des Reichs	161,09	160,84	160,76	161,09
Ablosungsanl. der Länder	158,39	159,07	159,09	159,13
Dt. Korn.-Sam.-Abl.-Anl.	166,58	166,72	167,50	168,12

¹⁾ Durchschnitt der Schatzanweisungen von 1940 Folge 6 und 7.

Im Gegensatz zu den Reichstiteln haben die jederzeit kündbaren Anleihen der Länder und Gemeinden ihren Kursstand nicht halten können; sie waren größtenteils gedrückt. Nach der Kündigung der Bayern-Anleihe von 1927 im Juni hatten hierzu die Kündigungen der Anleihe des Landes Baden von 1927 im Juli sowie der Anleihe des Landes Sachsen von 1927 und der Anleihen des Landes Thüringen von 1926 und 1927 im September beigetragen. Steigende Kurse hatten hingegen die noch länger laufenden preußischen Staatsanleihen zu verzeichnen; so notierte die 4%ige konsolidierte Preußische Staatsanleihe von 1940 Ende September mit 103⅞% gegenüber 103⅞% Ende Juni. Auch der Kurs der 4%igen Gemeinde-Umschuldungsanleihe zog in der gleichen Zeit von 102½% auf 102,90% an.

Am Pfandbriefmarkt war die Lage unverändert. Infolge des anhaltenden oder sogar zunehmenden Materialmangels kamen Notierungen nur vereinzelt und dann unter scharfen Repartierungen zu den üblichen Richtsätzen — 103½% für die 4½%igen Papiere und 102½% für die 4%igen Werte — zustande. Am Markt der Kommunalobligationen liegen die Verhältnisse ähnlich, nur mit dem Unterschied, daß sich hier die 4½%igen Titel infolge einer gewissen Konversionsfurcht mehr und mehr auf das Kursniveau der 4%igen Werte eingestellt haben.

Der Markt der Industrieobligationen zeigte keine einheitliche Tendenz. Die Konversionsfurcht hatte auch hier zunächst zu einer vorsichtigen Bewertung, insbesondere der 5%igen Papiere geführt, soweit sie sofort oder im nächsten Jahr kündbar sind. Die Kurse dieser Titel gingen daher zu Beginn des Vierteljahrs auf etwa 103½% zurück; doch wurden diese Rückgänge in Anbetracht des Umstandes, daß 4%ige Obligationen zu gleicher Zeit bereits mit 104—104½% bewertet wurden, sehr bald von einer neuen Steigerung abgelöst, die zu neuen Höchstkursen führte. Den höchsten Kurs von den zu Pari rückzahlbaren 5%igen Industrieobligationen erzielten mit 110% die Teilschuldverschreibungen der Feldmühle, Papier- und Zellstoffwerke AG., deren Tilgung und Kündigung bedingungsgemäß vor dem 1. März 1946 ausgeschlossen ist.

Der Aktienmarkt

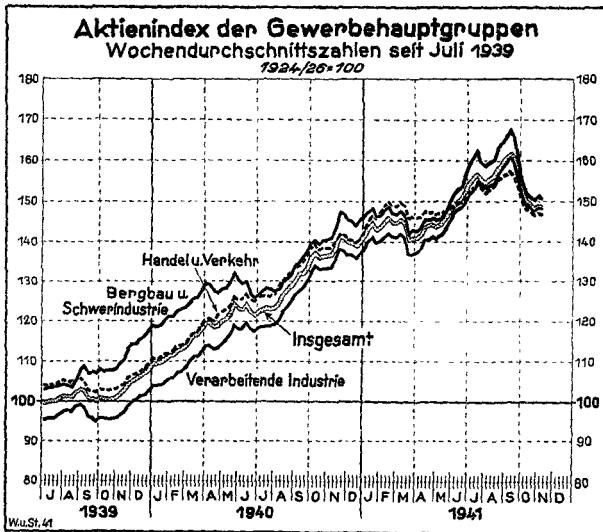
Der Aktienmarkt stand bis zum oben erwähnten Eingriff des Reichswirtschaftsministers wieder im Zeichen zunehmender Materialknappheit. Tage der Unsicherheit, die durch die Warnungen maßgeblicher Stellen vor Kursübertreibungen oder durch finanz- und börsenpolitische Maßnahmen hervorgerufen wurden und eine Geschäftsstille bei rückgängigen Kursen zur Folge hatten, wurden in der Regel schnell überwunden und durch eine neue Nachfragerwelle abgelöst.

Auch im 3. Vierteljahr 1941 ist hierin kein Wandel eingetreten. Die Zahl der in dieser Zeit an der Börse gehandelten Aktien erhöhte sich zwar von 453 auf 455, ihr Nominalkapital — gegenüber den vorangegangenen Vierteljahrsabschnitten sogar verhältnismäßig beträchtlich — um 89,3 Mill. RM auf 7,74 Mrd. RM; diese Zunahme fiel aber dennoch bei den in Frage stehenden Größenordnungen nicht ins Gewicht. Die Durchschnittsdividende der an der Berliner Börse gehandelten Aktien erhöhte sich in der Berichtszeit von 6,61 vH Ende Juni auf 6,63 vH Ende August und ging im September wieder auf 6,62 vH zurück; ihr Kapitalwert stieg im gleichen Zeitraum von 506,0 Mill. RM auf 512,8 Mill. RM.

Kurse und Dividenden der an der Berliner Börse gehandelten Aktien	Zahl der Papiere	Nominalkapital Mill. RM	Dividende		Kurs	Rendite %	Kurswert Mill. RM
			%	Mill. RM			
Monatsende							
1938 September	469	7 839,0	6,31	497,2	131,40	4,82	10 300,4
1939 "	469	7 868,7	6,49	510,9	125,23	5,18	9 854,2
1940 "	454	7 551,2	6,52	492,3	165,70	3,93	12 512,4
1941 Juni	453	7 653,2	6,61	506,0	188,93	3,50	14 459,1
Juli	453	7 655,7	6,62	506,4	188,75	3,51	14 450,1
August	453	7 657,9	6,63	507,9	195,51	3,39	14 972,1
September	455	7 742,5	6,62	512,8	184,08	3,60	14 252,1

Die Umsätze am Aktienmarkt hielten sich unter diesen Verhältnissen in der Regel weiter in engen Grenzen, zumal die Nachfrage in steigendem Maße zu Kursstreichungen und Repartierungen führte.

Im ganzen hat sich die Kurssteigerung im beschleunigten Tempo fortgesetzt. So stieg der Aktienindex, der bekanntlich



Hauptgruppe »Handel und Verkehr« um 7,7 vH des damaligen Kursstandes. Die stärksten Kurseinbußen hatten die Kalipapiere zu verzeichnen (16,8 vH); am geringsten waren die Kursverluste — mit Ausnahme der Schifffahrtswerte, die bereits seit Anfang März fast ununterbrochen zurückgehen — bei den Aktien der Gewerbe- gruppe »Nahrungs- und Genußmittelindustrie« (4,7 vH). Im Vergleich zum Kursstand vom 30. Juni 1941 waren — wiederum mit Ausnahme der Schifffahrtswerte — die Kursverluste in der Gewerbe- gruppe »Grundstücksgesellschaften« am höchsten (9,5vH); bei 3 Gruppen der Haupt- gruppe »Verarbeitende Industrie« ist dagegen noch ein Kursgewinn übriggeblieben (bei der Gruppe »Vervielfältigungsgewerbe« von 1,8 vH, bei der Gruppe »Nahrungs- und Genußmittelindustrie« von 0,5 vH und bei der Gruppe »Baugewerbe« von 0,3 vH des damaligen Kursstandes). Ver- gleicht man schließlich die Kurse vom 21. Oktober mit denen vom 31. März 1941, so haben neben den Schifffahrtswerten nur noch 4 weitere Gruppen der Gewerbehauptgruppe »Handel und Ver- kehr« den damaligen Kursstand unterschritten (die Aktien der Grundstücksgesellschaften um 10,9 vH, des Warenhandels um 4,8 vH, der Eisen- und Straßenbahnen um 4,7 vH und der Kredit- banken um 1,0 vH).

Der Tendenzumschwung hat die Papiere aller Dividenden- größenklassen betroffen. Unter Zugrundelegung des Kurs- wertes — da hier Indexzahlen nicht vorliegen — hatten die

stärksten Einbußen die sogenannten »schweren« Aktien zu ver- zeichnen (mit einer Dividende von über 6 vH), die geringsten Ein- bußen hatten die Aktien mit einer Dividende bis zu 3½ vH. Dies erklärt sich daraus, daß die Übersteigerung der Kurse um so größer gewesen ist, je höher die Dividende lag. Trotz des stär- keren Kursrückganges bei den Werten höherer Dividendenklassen hat sich hieran allerdings noch nicht viel geändert. Dies ergibt sich daraus, daß der Unterschied zwischen Dividende und Rendite bei den Papieren der einzelnen Dividenden- größenklassen weiter stark von einander abweicht und in der Regel mit steigenden Dividenden- sätzen außerordentlich zunimmt. Allerdings darf man hierbei nicht übersehen, daß die Aktien nicht nach den gezahlten Dividenden, sondern nach den künftigen Ertragsaussichten bewertet werden. Immerhin dürften die Kurse auch heute noch fast ohne Ausnahme überhöht sein. Das beste Beispiel hierfür bieten die »schwersten« Aktien (mit einer Dividende von über 8 vH = gegenwärtig einer Durchschnittsdividende von 10,94 vH), bei denen die Kurse auch am 21. Oktober noch so hoch gelegen haben, daß sich die Rendite für diese Papiere nur auf 3,92% beläuft.

Zahl, Kurs und Rendite der an der Berliner Börse gehandelten Aktien nach Dividenden- größenklassen

Dividende %	Zahl der Papiere			Kurs			Rendite		
	30.9. 1940	30.6. 1941	30.9. 1941	30.9. 1940	30.6. 1941	30.9. 1941	30.9. 1940	30.6. 1941	30.9. 1941
0	49	43	38	99,86	112,12	96,52	0	0	0
1	—	—	1	—	—	83,00	—	—	1,20
2	1	—	—	98,75	—	—	2,03	—	—
2½	2	1	1	102,04	115,00	104,73	2,45	2,17	2,39
3	4	5	5	114,08	105,47	102,85	2,63	2,84	2,92
3½	4	2	2	103,09	110,73	113,09	3,31	3,02	2,95
4	32	30	32	121,19	130,20	132,77	3,30	3,07	3,01
4½	6	6	5	145,61	162,79	162,87	3,17	2,84	2,84
5	43	43	44	129,77	148,88	146,50	3,85	3,36	3,41
5½	8	9	10	139,01	146,68	144,46	3,96	3,74	3,80
6	99	108	113	151,52	170,02	162,33	3,96	3,53	3,70
6½	7	5	6	151,19	183,77	175,56	4,30	3,54	3,71
7	45	45	45	170,94	203,82	205,97	4,10	3,43	3,40
7½	5	5	5	181,87	193,48	183,36	4,12	3,88	4,09
8	87	92	91	193,22	216,98	207,45	4,14	3,69	3,86
8½	1	1	6	192,50	225,00	238,00	4,42	3,78	3,57
9	7	6	6	209,15	229,58	230,98	4,30	3,92	3,90
10	27	25	23	230,06	264,96	273,02	4,35	3,77	3,66
12	16	16	16	264,32	299,46	304,96	4,54	4,01	3,93
über 12	11	11	11	319,86	364,77	375,96	4,59	4,02	3,90
Zusammen	454	453	455	165,70	188,93	184,08	3,93	3,50	3,60
Davon mit einer Dividende von									
0 bis zu 6%	248	247	251	139,46	158,10	151,95	3,61	3,28	3,44
über 6%	206	206	204	200,43	228,93	216,02	4,23	3,69	3,74

1) Durchschnittliche Dividende 14,68.

Devisenkurse in Berlin

Länder	Einheit	Parität ℛM	Jahres- durch- schnitt 1940	Monatsdurchschnitte 1941			Länder	Einheit	Parität ℛM	Jahres- durch- schnitt 1940	Monatsdurchschnitte 1941			
				August	Sep- tember	Ok- tober					August	Sep- tember	Ok- tober	
Europa				in ℛM			Afrika, Asien, Australien				in ℛM			
Belgien ¹⁾	100 Belgas	42,026	41,04	40,00	40,00	40,00	Ägypten ²⁾	1 ägypt. £	20,953	9,88	9,90	9,90	9,90	
Bulgarien ¹⁾	100 Leva	3,033	3,05	3,05	3,05	3,05	Afghanistan ¹⁾	100 Afghani	41,978	18,79	18,8	18,8	18,8	
Danemark ¹⁾	100 Kronen	112,500	48,20	48,26	48,26	48,26	Austral. Bund ²⁾	1 austr. £	20,429	7,90	7,92	7,92	7,92	
Finnland ¹⁾	100 Finmark	10,573	5,06	5,07	5,07	5,07	Britisch-Indien ²⁾	100 Rupee	153,22 ¹⁾	74,07	74,25	74,25	74,25	
Frankreich ²⁾	100 Francs	6,512	5,45	5,00	5,00	5,00	China ⁴⁾	1 Yuan	1,978	0,16	0,13	0,14	0,14	
Griechenland ¹⁾	100 Drachmen	5,448	2,24	1,67	1,67	1,67	Hongkong ⁴⁾	1 Dollar	2,027	0,62	0,62	0,62	0,62	
Großbritannien ²⁾	1 £ Sterling	20,429	9,88	9,90	9,90	9,90	Iran ¹⁾	100 Rials	20,429	14,60	14,60	14,60	14,60	
Island ¹⁾	100 Kronen	112,500	38,42	38,46	38,46	38,46	Japan ¹⁾	1 Yen	2,093	0,59	0,59	0,59	0,59	
Italien ¹⁾	100 Lire	13,049	13,10	13,15	13,15	13,15	Neuseeland ²⁾	1 neusel. £	20,429	7,90	7,92	7,92	7,92	
Kroatien ¹⁾	100 Kuna	7,394	—	5,00	5,00	5,00	Palastina ²⁾	1 paläst. £	20,429	9,88	9,90	9,90	9,90	
Niederlande ¹⁾	100 Gulden	138,875	132,61	132,70	132,70	132,70	Straits Settlements ²⁾	1 str. str. £	2,383	1,16	1,16	1,16	1,17	
Norwegen ¹⁾	100 Kronen	112,500	56,76	56,82	56,82	56,82	Union von Südafrika ²⁾	1 südafr. £	20,429	9,88	9,90	9,90	9,90	
Portugal ¹⁾	100 Escudos	18,572	9,40	10,15	10,15	10,15	Amerika							
Rumänien ¹⁾	100 Lei	1,322	—	—	—	—	Argentinien ¹⁾	1 Pap.-Peso	1,782	0,57	0,60	0,59	0,59	
Schweden ¹⁾	100 Kronen	112,500	59,46	59,52	59,52	59,52	Brasilien ¹⁾	100 Milreis	50,220	13,10	13,10	13,10	13,10	
Schweiz ¹⁾	100 Franken	81,000	56,67	57,95	57,95	57,95	Canada ²⁾	1 Dollar	4,198	2,11	2,10	2,10	2,10	
Serbien ¹⁾	100 serb. Dinar	7,394	—	5,00	5,00	5,00	Chile ⁴⁾	100 Pesos	51,073	9,82	10,00	10,00	10,00	
Slowakei ¹⁾	100 Kronen	8,708	8,60	8,60	8,60	8,60	Columbien ⁴⁾	1 Peso	1,4	1,43	1,43	1,43	1,43	
Spanien ¹⁾	100 Pesetas	81,000	24,08	23,58	23,58	23,58	Mexiko ⁴⁾	1 Peso	2,053	0,47	0,52	0,52	0,52	
Türkei ¹⁾	1 türk. £	1,984	1,98	1,98	1,98	1,98	Peru ¹⁾	100 Soles	117,533	43,02	38,46	38,46	38,46	
Ungarn ¹⁾	100 Pengó	73,421	60,97	59,72	59,72	59,72	Uruguay ¹⁾	1 Peso	4,342	0,94	1,10	1,10	1,10	
							Ver. Staat. v. Amerika ¹⁾	1 Dollar	2,479	2,50	2,50	2,50	2,50	

1) Amtliche Notierung in Berlin. — 2) Kurs für den innerdeutschen Verrechnungsverkehr. — 3) Kurs bei Ansfuhr nach Ungarn. — 4) Nach Angaben der Reichsbank. — 5) Frühere Parität: Frankreich bis 1.8.40 = 16,447 ℛM; Niederlande bis 1.4.40 = 168,739 ℛM; Rumänien bis 1.6.40 = 1,820 ℛM, bis 1.4.41 = 1,213 ℛM.

GEBIET UND BEVÖLKERUNG

Die Bevölkerungsbewegung in den Großstädten im September und im 3. Vierteljahr 1941

Die Heiratshäufigkeit war auch im September 1941 in den deutschen Großstädten noch durchaus zufriedenstellend. Obwohl mit einem stärkeren Rückgang der Zahl der Eheschließungen infolge der nun schon dreimonatigen Dauer der Kriegshandlungen im Osten und des stark verminderten Bestandes an heiratsfähigen Männern gerechnet werden mußte, wurden in den Großstädten (ohne die Großstädte in den eingegliederten Ostgebieten) im September 1941 noch insgesamt 16 502 neuvermählte Paare gezählt, das sind nur 900 oder 5,2 vH weniger als im September 1940. Die auf 1 000 Einwohner im Durchschnitt der Großstädte berechnete Heiratsziffer erreichte im September 1941 mit 8,3 einen Wert, der nur um 0,4 je 1 000 niedriger war als im Vergleichsmonat des Vorjahrs (8,7). Im 3. Vierteljahr 1941 wurden in den Großstädten insgesamt 51 499 Familienneugründungen oder 8,4 Eheschließungen je 1 000 Einwohner gezählt, 0,7 je 1 000 weniger als im 3. Vierteljahr 1940.

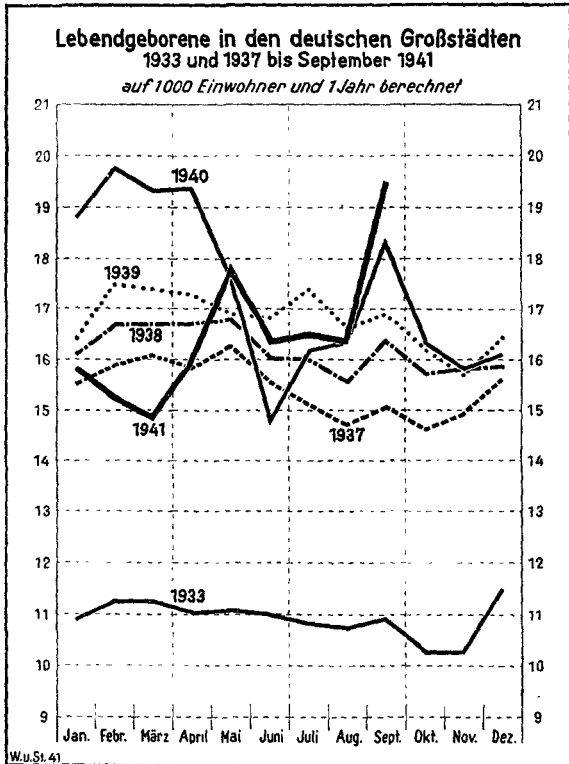
städten seit der Machtübernahme bisher im Monat September noch niemals beobachtet werden konnte. Im 3. Vierteljahr 1941 wurden in den 62 Großstädten insgesamt 106 351 lebendgeborene Kinder ortsansässiger Mütter gezählt, das sind 17,4 Lebendgeborene je 1 000 Einwohner und somit 0,4 je 1 000 mehr als im gleichen Zeitraum der beiden Vorjahre (je 17,0).

Bevölkerungsbewegung in den deutschen Großstädten ¹⁾	Eheschließungen	Lebendgeborene ²⁾		Gestorbene ³⁾	Sterbefälle an ²⁾)				
		insgesamt	davon unehelich		insgesamt	Tuberkulose	Herzkrankheiten	Lungenentzündung	Altersschwäche
Sept. 1941	16 502	38 826	3 034	20 269	1 254	3 244	846	1 088	54
» 1940	17 402	36 617	2 804	21 071	1 223	3 398	1 001	1 107	77
3. Vierteljahr 1941	51 499	06 351	8 556	60 873	4 217	9 279	2 600	3 314	136
3. » 1940	55 538	03 498	8 383	62 199	3 848	9 466	2 859	3 207	177
Jan.—Sept. 1941	67 056	298 364	25 086	217 955	4 348	35 271	4 122	3 219	3 213
» » 1940	211 454	324 096	27 964	238 335	13 814	38 715	8 766	4 402	2 916

Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet

Sept. 1941	8,3	19,5	1,5	10,2	0,63	1,63	0,42	0,55	0,03
» 1940	8,7	18,4	1,4	10,6	0,6	1,7	0,50	0,55	0,04
» 1939	17,7	17,0	1,7	10,2	0,56	1,59	0,47	0,53	0,03
3. Vierteljahr 1941	8,4	17,4	1,4	10,0	0,69	1,52	0,43	0,54	0,02
3. » 1940	9,1	17,0	1,4	10,2	0,63	1,55	0,47	0,53	0,03
3. » 1939	15,0	17,0	1,7	10,3	0,57	1,58	0,53	0,49	0,02
Jan.—Sept. 1941	9,2	16,5	1,4	12,0	0,79	1,95	0,78	0,73	0,18
» » 1940	11,6	17,9	1,5	13,1	0,76	2,13	1,03	0,79	0,16
» » 1939	12,7	17,2	1,7	12,6	0,69	2,02	1,02	0,66	0,23

¹⁾ 62 Großstädte ohne Saarbrücken. — ²⁾ Ohne Ortsfremde. — ³⁾ Ohne Sterbefälle von Wehrmachtangehörigen.



Die Sterblichkeit war auch im September 1941 verhältnismäßig niedrig. Mit 10,2 Sterbefällen von Zivilpersonen je 1 000 der Großstadtbevölkerung war die Sterbeziffer in den Großstädten um 0,4 je 1 000 niedriger als im September 1940 (10,6). Im Durchschnitt des 3. Vierteljahrs 1941 wurden damit 10,0 Sterbefälle von Zivilpersonen je 1 000 Einwohner gezählt, das sind 0,2 und 0,3 je 1 000 weniger als im gleichen Zeitraum der Jahre 1940 und 1939 (10,2 und 10,3). Auch bei Berücksichtigung der Normalsterblichkeit des zur Wehrmacht einberufenen Teils der Großstadtbevölkerung würde die allgemeine Sterbeziffer in den Großstädten im 3. Vierteljahr 1941 nur um etwa 0,1 je 1 000 höher sein als im 3. Vierteljahr 1939. Diese geringe Erhöhung der Sterbeziffer erklärt sich aber allein schon aus der ständigen Zunahme der höheren Altersklassen, die auch bei sonst unveränderten Sterblichkeitsverhältnissen eine Erhöhung der allgemeinen Sterbeziffer zur Folge haben würde.

In den ersten neun Monaten des Jahres 1941 wurden in den 62 Berichtsstädten 167 056 Eheschließungen, 298 364 Lebendgeborene (ortsansässiger Mütter) und 217 955 Sterbe-

Bevölkerungsbewegung in den Großstädten der eingegliederten Ostgebiete ¹⁾	Eheschließungen	Lebendgeborene ²⁾		Gestorbene ³⁾	Sterbefälle an ²⁾)				
		insgesamt	davon unehelich		insgesamt	Tuberkulose	Herzkrankheiten	Lungenentzündung	Altersschwäche
Sept. 1941	756	2 744	251	1 480	204	210	120	131	7
3. Vj. 1941	2 427	8 086	815	4 797	753	666	328	392	20
Jan.—Sept. 1941	8 064	24 473	2 300	16 553	2 537	2 374	1 531	1 442	252

Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet

Sept. 1941	5,8	21,2	1,9	11,4	1,57	1,62	0,93	1,01	0,05
3. Vj. 1941	6,2	20,6	2,1	12,2	1,92	1,70	0,84	1,00	0,05
Jan.—Sept. 1941	7,0	20,3	2,0	14,4	2,2	2,06	1,33	1,25	0,22

¹⁾ Litzmannstadt, Posen, Danzig, Bromberg, Kattowitz, Sosnowitz und Königshütte. — ²⁾ Ohne Ortsfremde. — ³⁾ Ohne Sterbefälle von Wehrmachtangehörigen.

Die Geburtenhäufigkeit zeigte dagegen im September 1941 eine für die Kriegsverhältnisse starke Erhöhung nicht nur gegenüber den Vormonaten, sondern auch gegenüber den entsprechenden Monaten der Vorjahre. So wurden in den 62 Berichtsstädten im September 1941 insgesamt 38 826 Kinder von ortsansässigen Müttern lebendgeboren, das sind 2 209 oder 6,0 vH mehr als im September 1940 und sogar 5 618 oder 16,9 vH mehr als im September 1939. Die Geburtenziffer war mit 19,5 Lebendgeborenen (ortsansässiger Mütter) je 1 000 der Großstadtbevölkerung um 1,1 und 2,5 je 1 000 größer als im gleichen Monat der Jahre 1940 und 1939 (18,4 und 17,0). Sie erreichte damit einen Wert, der um 9,2 je 1 000 über dem Wert der Geburtenziffer vom September 1932 (10,3) lag und der in den Groß-

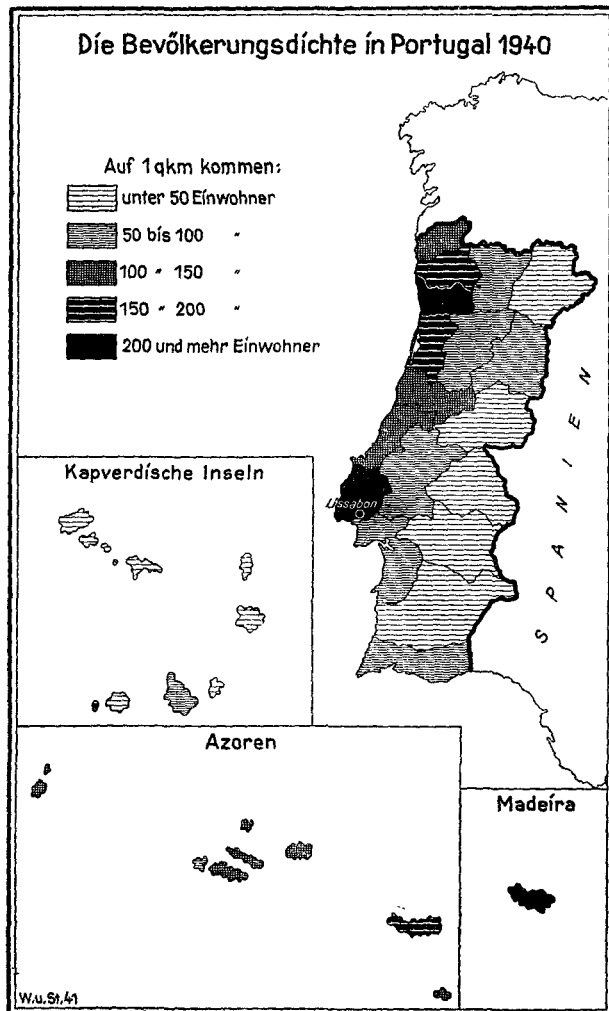
fälle von Zivilpersonen gezählt. Die Zahl der Lebendgeborenen war in diesem Zeitraum, wenn man die am Schalttag 1940 Geborenen (1 300) abzieht, nur um 24 432 oder 7,6 vH niedriger als in den ersten drei Vierteljahre des Vorjahrs.

In den Großstädten der eingegliederten Ostgebiete konnte mit 21,2 Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner im September 1941 eine weitere Steigerung der Geburtenhäufigkeit gegenüber den Vormonaten beobachtet werden.

Neue Bevölkerungszahlen des Auslandes

Portugal. Als erstes Ergebnis der am 12. Dezember 1940 in Portugal durchgeführten Volkszählung wurde bereits die Zahl der Gesamtbevölkerung mitgeteilt; sie beträgt 7,7 Millionen¹⁾. Nunmehr liegen auch vorläufige Ergebnisse über die Einwohnerzahlen einzelner Distrikte vor²⁾.

Die für die letzten 10 Jahre festgestellte Bevölkerungszunahme in Portugal um 876 299 Personen verteilt sich auf alle Distrikte. Die verhältnismäßige Zunahme, die für ganz Portugal 12,8 vH beträgt, ist in den einzelnen Distrikten allerdings sehr unterschiedlich. Besonders gestiegen sind die Einwohnerzahlen der Distrikte Madeira (17,8 vH), Lissabon (17,4 vH), Ponta Delgada auf den Azoren (16,2 vH), Pôrto (15,9 vH), Braga (15,6 vH) und Setúbal (15,0 vH), während sich die Bevölkerung in Faro (5,0 vH), Coimbra (6,5 vH) und Horta auf den Azoren (7,0 vH) verhältnismäßig am schwächsten erhöht hat.



Fläche und Bevölkerung Portugals auf Grund der Volkszählung vom 12. Dezember 1940 nach Distrikten	Fläche in qkm	Bevölkerung insges.	davon		Zunahme gegenüber 1930 in vH	Einwohner je qkm
			männlich	weiblich		
		in 1 000				
Aveiro	2 772	429	200	229	12,4	154,7
Beja	10 279	275	138	137	14,2	26,7
Braga	2 730	479	226	253	15,6	175,6
Braganza	6 543	210	105	105	13,5	32,1
Castelo Branco	6 704	299	147	152	12,7	44,6
Coimbra	3 956	413	190	223	6,5	104,4
Evora	7 388	207	104	103	14,5	28,0
Faro	5 072	316	155	161	5,1	62,3
Guarda	5 496	293	140	153	9,6	53,4
Leiria	3 435	353	171	182	12,0	102,6
Lissabon	2 747	1 064	508	556	17,4	387,4
Portalegre	6 133	186	93	93	12,1	30,4
Pôrto	2 282	939	441	498	15,9	411,5
Santarém	6 689	421	207	214	11,3	63,0
Setúbal	5 106	269	137	132	15,0	52,7
Viana do Castelo	2 108	259	114	145	7,6	122,6
Vila Real	4 238	290	143	147	14,2	68,4
Viseu	5 006	464	218	246	7,5	92,6
Festland insgesamt	88 684	7 166	3 437	3 729	12,7	80,8
Azoren	2 300	287	140	147	13,0	124,7
Angra do Heroísmo	695	78	38	40	11,0	112,5
Horta	761	53	26	27	7,0	69,1
Ponta Delgada	844	156	76	80	16,2	184,9
Funchal (Madeira)	783	249	119	130	17,8	318,3
Inseln insgesamt	3 083	536	259	277	15,2	173,9
Portugal insgesamt	91 767	7 702	3 696	4 006	12,8	83,9

Die Bevölkerungsdichte, die für das gesamte Portugal im Durchschnitt 83,9 Einwohner je qkm beträgt, übersteigt außer in den Distrikten Pôrto und Lissabon mit den beiden Großstädten des Landes auch auf Madeira 300 Einwohner je qkm. Über dem Landesdurchschnitt liegt sie auch im Küstengebiet zwischen Minho und Douro (Braga, Viana do Castelo), südlich des Douro (Aveiro, Leiria, Coimbra), in Viseu, dem Gebiet nördlich der Sierra da Estrella, sowie auf den Azoren (Angra, Ponta Delgada). Recht schwach besiedelt sind die Gebirgsgegenden im Osten des Landes; in Beja, Evora, Portalegre, Braganza und Castelo Branco beträgt die Bevölkerungsdichte zwischen 26,7 und 44,6 Einwohnern je qkm.

Chile. In Chile wurde am 29. November 1940 eine Volkszählung durchgeführt, bei der als erstes vorläufiges Gesamtergebnis eine Bevölkerung von 5 013 539 Einwohnern festgestellt wurde. Die Bevölkerung verteilt sich auf die einzelnen Provinzen und Territorien wie folgt:

Die Bevölkerung Chiles am 29. November 1940 nach Provinzen	Einwohner	Die Bevölkerung Chiles am 29. November 1940 nach Provinzen	Einwohner
Aconcagua	118 049	Malleco	154 174
Antofagasta	135 147	Maule	70 497
Arauco	66 107	Nuble	243 185
Atacama	84 312	O'Higgins	200 297
Bío-Bío	127 312	Osorno	107 341
Cautín	574 659	Santiago	1 261 717
Chiloé	101 706	Talca	157 141
Colchagua	138 036	Tarapacá	104 097
Concepción	308 241	Valdivia	191 642
Coquimbo	245 809	Valparaíso	425 065
Curicó	81 185	Aysen ¹⁾	17 014
Linares	134 968	Magallanes ¹⁾	48 813
Llanquihue	117 225		

¹⁾ Territorien.

In den 10 Jahren seit der Zählung im Jahre 1930 ist die Bevölkerung um 726 094 Personen oder 16,9 vH gestiegen.

¹⁾ »W. u. St.«; 21. Jg. 1941, Heft 16, S 316. — ²⁾ Portugal. Instituto Nacional de Estatística, VIII Recenseamento Geral da População em 12 de dezembro de 1940, Resultados provisórios. Lisboa 1941.

In dem vorhergegangenen Zählungsabschnitt 1920/30 hatte sie dagegen nur um 555 872 Einwohner oder 14,9 vH zugenommen. Die durchschnittliche jährliche Bevölkerungszunahme in den Jahren 1930 bis 1940 betrug 1,56 vH der mittleren Bevölkerung; sie ist damit höher als in den anderen südamerikanischen Staaten, in denen in der letzten Zeit Volkszählungen stattgefunden haben. (Brasilien 1,49 vH, Columbien 1,09 vH, Peru 1,39 vH, Venezuela 1,42 vH).

Chile besitzt eine Fläche von 741 767 qkm; auf 1 qkm leben im Durchschnitt nur 6,8 Einwohner. Es gehört jedoch nach Uruguay (11,5 Einwohner je qkm) und Columbien (7,6 Ein-

wohner je qkm) noch zu den am dichtesten besiedelten Gebieten unter den südamerikanischen Staaten.

Peru. In Peru fand am 9. Juni 1941 eine Volkszählung statt, die nach den ersten vorläufigen Ergebnissen eine Einwohnerzahl von 7 023 111 Einwohnern ergab¹⁾. Peru steht an Volkszahl unter den südamerikanischen Staaten nach Brasilien, Argentinien und Columbien an vierter Stelle. Bei einer Fläche von 1 249 049 qkm kommen auf 1 qkm im Durchschnitt nur 5,6 Einwohner.

¹⁾ Nachrichten für Außenhandel Nr. 175 vom 30. Juli 1941.

VERSCHIEDENES

Die öffentliche Fürsorge von Oktober 1940 bis März 1941 und im Rechnungsjahr 1940

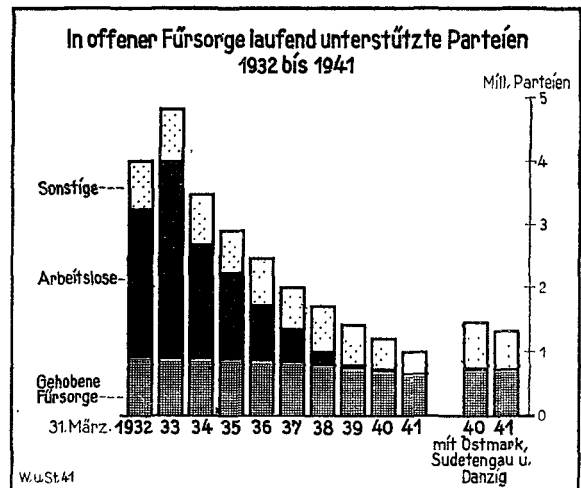
Personenkreis der offenen Fürsorge. Die Gesamtzahl der von den Bezirksfürsorgeverbänden laufend in bar unterstützten Parteien (Familien oder Alleinstehende) betrug Ende März 1941 im Deutschen Reich (ohne die ehemals polnischen Gebiete) 1 330 700, das sind 53 300 (3,9 vH) weniger als Ende September 1940^{*)}. Gegenüber dem Stand von Ende März 1940 ist die Zahl der unterstützten Parteien damit um 133 700 oder 9,1 vH und von 18,3 auf 16,9 je 1000 Einwohner gesunken.

Von der öffentlichen Fürsorge laufend in bar unterstützte Parteien	Deutsches Reich ¹⁾					
	31. März 1940	30. Sept. 1940	31. Dez. 1940	31. März 1941		
				ins-ges.	ländl. BFV.	
	in 1000					
Kriegsopfer usw.	27,7	28,6	29,2	29,1	22,8	6,4
Sozialrentner	504,7	505,4	503,4	497,4	271,7	225,6
Empfänger von Kleinrentnerhilfe ..	84,8	84,8	84,3	82,9	46,2	36,7
Sonstige Kleinrentner	70,1	68,8	67,5	66,5	26,9	39,6
Gleichgestellte	53,5	51,9	51,5	53,3	39,3	14,0
Empfänger von Kriegshilfe	—	0,6	1,0	1,9	1,1	0,8
Empf. von gehobener Fürsorge zus.	740,8	740,0	736,9	731,1	407,9	323,2
Pflegekinder	174,1	160,5	157,8	153,7	61,6	92,0
Sonstige Hilfsbedürftige ²⁾	549,4	483,5	460,6	445,8	209,1	236,7
Hilfsbedürftige insgesamt	1464,4	1384,0	1355,4	1330,7	678,7	652,0
Auf 1000 Einwohner	18,3	17,3	17,2	16,9	21,4	13,8

¹⁾ Ohne die ehemals polnischen Gebiete. — ²⁾ Einschließlich der Juden (am 31. März 1941: 1900 Parteien).

Unter den verschiedenen Gruppen von Fürsorgeempfängern haben die in der allgemeinen Fürsorge betreuten Hilfsbedürftigen am stärksten abgenommen. Die Zahl der »Sonstigen Hilfsbedürftigen« verringerte sich gegen Ende September 1940 um 37 700 (7,8 vH) und gegen Ende März 1940 um 103 600 (18,9 vH). Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß vielfach Hilfsbedürftige aus der allgemeinen in die gehobene Fürsorge übernommen wurden. Daraus erklärt es sich auch zum Teil, daß die Zahl der Empfänger von gehobener Fürsorge in den gleichen Zeitabschnitten nur um 8 900 (1,2 vH) und um 9 700 (1,3 vH) gesunken ist. Von Ende März 1940 bis Ende März 1941 verminderten sich die zusätzlich unterstützten Sozialrentner um 7 300 (1,5 vH), die Empfänger von Kleinrentnerhilfe und sonstigen Kleinrentner um 5 500 (3,6 vH) und die den Kleinrentnern gleichgestellten Hilfsbedürftigen um 200 (0,3 vH). Dagegen erhöhte sich die Zahl der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Gleichstehenden, die neben ihren Versorgungsbezügen zusätzliche Beihilfen aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge erhielten, um 1 400 oder 5,1 vH. Auch die Zahl der Empfänger der im Juni 1940 neu eingeführten Kriegshilfe stieg bis Ende März 1941 auf 1 900.

^{*)} Vgl. »W. u. St.« 21. Jg. 1941, Nr. 10, S. 207.



Beachtlich ist ferner die weitere Abnahme der hilfsbedürftigen Pflegekinder, deren Zahl gegen Ende September 1940 um 6 800 (4,3 vH) und gegen Ende März 1940 um 20 400 (11,7 vH) gesunken ist. Bestimmend hierfür war wohl hauptsächlich die Besserung der Einkommensverhältnisse der unterhaltspflichtigen Angehörigen sowie der Umstand, daß bisher aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge gewährte Unterstützungen durch Leistungen des Familienunterhalts ersetzt wurden.

Am 31. März 1941 laufend in bar unterstützte Parteien nach Gebieten	Anzahl		Am 31. März 1941 laufend in bar unterstützte Parteien nach Gebieten	Anzahl	
	in 1000	auf 1000 Einw.		in 1000	auf 1000 Einw.
Ostpreußen ¹⁾	44,2	19,2	Hessen	19,8	13,7
Berlin	110,1	25,5	Mecklenburg	14,4	16,5
Mark Brandenburg ..	36,8	12,6	Braunschweig	8,3	14,6
Pommern	38,8	16,6	Oldenburg	5,0	9,1
Niederschlesien	66,4	20,6	Bremen	6,3	14,1
Oberschlesien ¹⁾	29,2	18,4	Anhalt	5,1	12,2
Sachsen	50,6	14,3	Lippe	1,4	7,4
Schleswig-Holstein ..	28,2	18,4	Schaumburg-Lippe ..	0,8	16,1
Hannover	43,3	12,7	Saarland	8,9	10,8
Westfalen	62,6	12,2	Wien	68,5	35,8
Hessen-Nassau	33,1	12,6	Niederdonau	34,9	20,9
Rheinprovinz	101,7	12,9	Oberdonau	28,9	28,4
Hohenzoller. Lande ..	0,5	7,3	Steiermark	30,3	27,4
Preußen ¹⁾	645,7	15,8	Kärnten	10,7	24,2
Bayern	113,6	14,1	Salzburg	5,9	23,4
Sachsen	109,1	21,0	Tirol/Vorarlberg	6,5	13,7
Württemberg	29,6	10,4	Sudetenland	65,9	22,6
Baden	38,6	15,7	Danzig-Westpreußen ¹⁾	20,7	30,2
Thüringen	16,3	9,5	Deutsches Reich ¹⁾	1330,7	16,9
Hamburg	35,3	20,8			

¹⁾ Ohne die ehemals polnischen Gebiete.

Kosten der offenen Fürsorge. Der Aufwand der Bezirksfürsorgeverbände für die gesamte offene Fürsorge war im Halbjahr Oktober 1940/März 1941 mit 228,5 Mill. *R.M.**) um 3 Mill. *R.M.* (1,3 vH) höher als im Halbjahr April/September 1940. Dabei haben sich die laufenden Barleistungen um 4,1 Mill. (2,1 vH) auf 191,8 Mill. *R.M.* verringert, während die sonstigen Leistungen (einmalige Barleistungen sowie Sach- und Dienstleistungen) aus jahreszeitlichen Gründen um 7,1 Mill. (24 vH) auf 36,7 Mill. *R.M.* gestiegen sind.

Kosten der offenen Fürsorge	Deutsches Reich				
	mit Ostmark, Sudetenland und Danzig ¹⁾			mit Ostmark	
	April/Sept. 1940	Okt. 1940/März 1941	Rechnungsjahr 1940	1939	1940
Mill. <i>R.M.</i>					
Laufende Barleistungen an					
Kriegsopfer usw.	4,2	4,5	8,7	7,8	8,3
Sozialrentner	52,4	52,8	105,3	98,7	99,3
Empfänger von Kleinrentnerhilfe	18,0	17,2	35,2	35,2	34,4
Sonstige Kleinrentner	12,0	11,4	23,5	24,9	23,4
Gleichgestellte	11,7	11,4	23,2	23,8	22,2
Empfänger von Kriegshilfe	0,2	0,7	0,9	—	0,9
Empfänger von gehobener Fürsorge zus.	98,5	98,1	196,6	190,3	188,4
Pflegekinder	17,0	16,8	33,9	35,7	33,0
Sonstige Hilfsbedürftige ²⁾	80,3	76,8	157,2	183,8	146,1
Hilfsbedürftige insgesamt	155,9	191,8	387,7	409,9	367,5
Sonstige Leistungen					
Einmalige Barleistungen	4,2	5,9	10,0	12,3	9,8
Darlehen	0,6	0,5	1,2	1,0	1,2
Sach- und Dienstleistungen	8,9	11,1	19,9	26,6	19,4
Wirtschaftliche Fürsorge zus.	13,7	17,5	31,1	40,0	30,4
Wochenfürsorge	0,8	0,8	1,6	2,4	1,6
Ärztliche Behandlung	5,6	6,7	12,3	15,7	12,0
Zahnärztliche Behandlung	0,8	1,0	1,8	2,4	1,8
Arzneien, Heilmittel	6,3	7,5	13,7	16,6	13,4
And. Krankenpfleger. Leistungen ³⁾	2,5	3,2	5,7	10,6	5,6
Gesundheitliche Fürsorge zus.	16,0	19,2	35,2	47,8	34,3
Sonstige Leistungen zus.	29,6	36,7	66,7	87,7	64,6
Kosten der offenen Fürsorge insges. je Einw. <i>R.M.</i>	225,5	228,5	454,1	497,6	432,2
	2,82	2,90	5,77	6,49	5,73

¹⁾ Aber ohne die ehemals polnischen Gebiete. — ²⁾ Einschließlich des Aufwandes für Juden (im Rechnungsjahr 1940: 1,4 Mill. *R.M.*). — ³⁾ Einschließlich Krankenkassenbeiträge.

Im ganzen Rechnungsjahr 1940 betragen die Gesamtausgaben für die offene Fürsorge 454,1 Mill. *R.M.* Gegenüber dem Rechnungsjahr 1939 sind sie im alten Reichsgebiet und in der Ostmark (für den Sudetengau und für Danzig liegen keine Vergleichszahlen vor) infolge der weiteren Abnahme der Zahl der Hilfsbedürftigen um zusammen 65,4 Mill. *R.M.* (13,1 vH) gesunken. Die Aufwendungen für die laufenden Barleistungen verringerten sich um 42,4 Mill. *R.M.* (10,3 vH), und zwar für die Empfänger der allgemeinen Fürsorge um 37,7 Mill. (20,5 vH), für die Empfänger der gehobenen Fürsorge um 1,9 Mill. (1 vH) und für die Pflegekinder um 2,8 Mill. (7,7 vH). Der Aufwand für die sonstigen Leistungen der offenen Fürsorge sank im ganzen um 23,1 Mill. *R.M.* (26,3 vH), wobei sich die Leistungen der wirtschaftlichen Fürsorge um 9,6 Mill. (24 vH) und die der gesundheitlichen Fürsorge um 13,5 Mill. (28,3 vH) verminderten. Der stärkere Rückgang der Leistungen der gesundheitlichen Fürsorge beruht darauf, daß die Beteiligung der Bezirksfürsorgeverbände an den Beiträgen

*) In den angegebenen Fürsorgeleistungen sind die zusätzlichen laufenden Reichszuschüsse an Kleinrentner (Oktober 1940/März 1941: 10,2 Mill. *R.M.*) und die im November 1940 verteilte einmalige Sonderbeihilfe (4,1 Mill. *R.M.*) nicht enthalten.

für die Krankenversicherung der Kriegshinterbliebenen (5,5 Mill. *R.M.* im Rechnungsjahr 1939) weggefallen ist, weil seit dem 1. April 1940 das Reich die Beitragsleistung übernommen hat.

Kosten der offenen Fürsorge im Rechnungsjahr 1940 nach Gebieten	Aufwand		Kosten der offenen Fürsorge im Rechnungsjahr 1940 nach Gebieten	Aufwand	
	1000 <i>R.M.</i>	<i>R.M.</i> je Einw.		1000 <i>R.M.</i>	<i>R.M.</i> je Einw.
Ostpreußen ¹⁾	12 098	5,26	Mecklenburg	3 910	4,46
Berlin	50 641	11,72	Braunschweig	2 492	4,38
Mark Brandenburg	10 916	3,75	Oldenburg	1 551	2,79
Pommern	10 687	4,59	Bremen	2 931	6,59
Niederschlesien	19 246	5,97	Anhalt	1 488	3,54
Oberschlesien ¹⁾	7 449	4,70	Lippe	424	2,31
Sachsen	15 390	4,34	Schaumburg-Lippe	220	4,23
Schleswig-Holstein	9 458	6,15	Saarland	2 330	2,83
Hannover	15 492	4,55	Wien	25 272	13,21
Westfalen	24 722	4,80	Niederdonau	8 500	5,09
Hessen-Nassau	12 529	4,76	Oberdonau	6 347	6,23
Rheinprovinz	45 742	5,79	Steiermark	7 157	6,47
Hohenzoller. Lande	132	1,80	Karnten	1 688	3,84
Preußen ¹⁾ 234 501	5,73	Salzburg	1 412	5,57	
Bayern	33 218	4,13	Tirol/Vorarlberg	1 880	3,93
Sachsen	36 705	7,08	Sudetenland	17 198	5,89
Württemberg	10 707	3,75	anzig-Westpreußen ¹⁾	6 800	10,05
Baden	14 675	5,97	Deutsches Reich ¹⁾	454 060	5,77
Thüringen	4 731	2,76	davon		
Hamburg	20 521	12,08	Städtische BFV...	282 913	8,94
Hessen	7 323	5,06	Landliche BFV...	171 147	3,64

¹⁾ Ohne die ehemals polnischen Gebiete.

Besondere Mietbeihilfen. Für die neben den Unterstützungen der Fürsorge gewährten Mietbeihilfen zum Ausgleich der weggefallenen Hauszinssteuerstundung wurden von den Bezirksfürsorgeverbänden (Stadt- und Landkreisen) im Rechnungsjahr 1940 26,6 Mill. *R.M.* aufgewendet, das sind 7,7 Mill. *R.M.* (22,5 vH) weniger als im Rechnungsjahr 1939. Die Zahl der Fälle sank von 550 900 Ende März 1940 auf 447 900 Ende März 1941 (um 18,7 vH); seit Beginn der Maßnahme (April 1938) hat ihre Zahl infolge des Rückganges der Hilfsbedürftigkeit und der Steigerung der Einkommen um 495 200 (52,5 vH) abgenommen. Der durchschnittliche monatliche Aufwand je Fall war im Rechnungsjahr 1940 mit 4,48 *R.M.* ebenso hoch wie im Vorjahr.

Mietbeihilfen zum Ausgleich des Wegfalls der Hauszinssteuerstundung usw.	Zahl der Fälle			Aufwand im Rechnungsjahr		
	31. März 1940	31. März 1941		1939	1940	
		überhaupt	auf 1000 Einw.		überhaupt	<i>R.M.</i> je Einw.
Stadtkreise						
über 100 000 Einw. ...	320 060	259 750	11,9	25 017	19 353	0,88
50 000 bis 100 000 » ..	36 603	29 064	8,6	1 860	1 352	0,40
unter 50 000 » ..	46 173	36 575	11,3	2 255	1 721	0,53
Zusammen	402 836	325 393	11,4	29 132	22 426	0,79
Landkreise	148 096	122 493	3,1	5 166	4 159	0,10
Deutsches Reich	550 932	447 886	6,5	34 298	26 585	0,39
dav. entfallen auf						
Preußen	324 459	263 824	6,4	21 577	16 842	0,41
Bayern	39 392	31 291	3,9	2 341	1 794	0,22
Sachsen	163 830	134 766	26,0	9 182	7 072	1,36
Thüringen	12 971	9 809	5,7	586	446	0,26
Hamburg	2 100	1 341	¹⁾ 0,8	185	100	¹⁾ 0,06
Braunschweig	3 900	3 271	5,7	259	202	0,36
übrige Länder ²⁾	4 310	3 584	3,4	170	128	0,12

¹⁾ Die geringen Belastungsquoten beruhen darauf, daß derartige Mietbeihilfen nur in den ehemals preußischen Stadtteilen gewährt werden. — ²⁾ Baden (nur Stadt Mannheim), Oldenburg (nur Stadt Wilhelmshaven), Anhalt, Lippe und Schaumburg-Lippe.

Wirtschaftsdaten und Bücheranzeigen siehe 3. Umschlagseite

15. Aufhebung der Zollgrenze zwischen der Untersteiermark, den besetzten Gebieten Kärntens und Krains und dem übrigen Reichsgebiet.

November

1. Aufhebung der bisherigen Zoll- und Polizeigrenze zwischen dem Distrikt Galizien und dem übrigen Gebiet des Generalgouvernements.
4. VO. über die Krankenversicherung der Rentner (Inkrafttreten mit Wirkung vom 1. August 1941).
5. Unterzeichnung eines Handelsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und Kroatien.
7. Unterzeichnung eines deutsch-italienischen Abkommens über die Umsiedlung der deutschen Staatsangehörigen und der Volksdeutschen aus der Provinz Laibach.

15. Erlaß des Führers über die Deutsche Akademie (Körperschaft des öffentlichen Rechts).

16. Einnahme von Kertsch.

17. Bekanntmachung über die Einrichtung von Zivilverwaltungen in den von den deutschen Truppen neu besetzten Ostgebieten (Alfred Rosenberg Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Hinrich Lohse Reichskommissar für das Ostland, Erich Koch Reichskommissar für die Ukraine).

21. Einnahme von Rostow am Don.

23. Wiedereröffnung der Universität Straßburg.

25. Staatsakt in Berlin: Verlängerung des Antikominternabkommens um weitere fünf Jahre; Beitritt von Bulgarien, Dänemark, Finnland, Kroatien, Rumänien, der Slowakei und der chinesischen Nationalregierung.

Bücheranzeigen

Heiligenthal, R.: Grundlagen der Regionalplanung, Raumplanung und Staatsplanung. Siedlungsstudien, Heft 10. Verlag Carl Winter's Universitätsbuchhandlung, Heidelberg 1940. 92 Seiten und 16 Tafeln. Preis 5,— *RM*.

Als abschließende Arbeit einer Reihe von Studien über das Siedlungswesen wird versucht, die Struktur der Industriegebiete in ihrer zeitlichen Bedingtheit darzustellen. An einer großen Zahl von Beispielen, insbesondere aus dem flandrischen und dem oberitalienischen Raum, werden vor allem die Beziehungen zwischen Industriebezirken und Zentralmärkten dargestellt, wobei die Bedeutung des Fernverkehrs hervorgehoben wird.

Höfner, J.: Wirtschaftsethik und Monopole im fünfzehnten und sechzehnten Jahrhundert. Freiburger Staatswissenschaftliche Schriften, Heft 2. Verlag Gustav Fischer, Jena 1941. 172 Seiten. Preis brosch. 7,50 *RM*.

Der Verfasser wendet sich gegen den von Karl Bücher für die Wirtschaft des 15. und 16. Jahrhunderts geprägten und von Werner Sombart übernommenen Begriff der »Stadtwirtschaft« als eines in sich abgeschlossenen, handelsfeindlichen Wirtschaftsgebiets sowie gegen die von Sombart vertretene Ansicht, daß die Grundauffassung der feudal-handwerksmäßigen Wirtschaftsführung die gemeinnützige »Idee der Nahrung« gewesen sei. Diese Auffassung von der Struktur und Ethik der Wirtschaft des 15. und 16. Jahrhunderts wird nach Ansicht des Verfassers der Rolle, die der Handel tatsächlich in dieser Zeit gespielt hat, nicht gerecht. Den Beweis hierfür bietet ihm die das Wirtschaftsleben des 15. und 16. Jahrhunderts durchziehende Einrichtung der »Monopole«. Im ersten Teil der Schrift werden die Wurzeln der Monopole in der bauerlichen und städtischen Wirtschaftsordnung sowie in der Wirtschaftspolitik der Fürsten erörtert und die wichtigsten Monopole der Fürsten und der privaten Wirtschaft im einzelnen dargestellt. Der zweite Teil behandelt die geistige Auseinandersetzung mit dem Monopolproblem im 15. und 16. Jahrhundert, insbesondere bei den Humanisten, in der Scholastik und bei den Reformatoren. Der Schrift ist ein ausführliches Literaturverzeichnis angefügt.

Röbke, K.: Handwerkliche Betriebswirtschaftslehre. Heft 1 der Beiträge zur Wirtschaftslehre des Handwerks. C. E. Pöschel Verlag, Stuttgart 1941. 145 Seiten. Preis broschiert 3,50 *RM*.

Während im arbeitsteilig organisierten Industriebetrieb kaufmännische und technische Funktionen von verschiedenen Trägern ausgeübt werden, vereinigt sich in der Person des selbständigen Handwerksmeisters die ganze Fülle der im Handwerksbetrieb anfallenden Arbeiten. Diese Tatsache gibt der handwerklichen Betriebswirtschaftslehre, wie sie in der vorliegenden Schrift dargestellt wird, ihre besondere Note. Eingeleitet wird die Schrift durch Ausführungen über Begriff, Statistik und Organisation des Handwerks. Die Beschaffung, die Fertigung, die Lagerung, der Vertrieb und die Verwaltung des Handwerksbetriebes werden in ihren allgemeinen Grundzügen behandelt. Im Schlußkapitel nimmt der Verfasser zu den einzelnen Typen der Handwerksförderung Stellung. Er befürwortet sie besonders in der Form, wie sie von den Gewerbeförderungsstellen unter Führung des Reichsstandes des Deutschen Handwerks durchgeführt wird. Die besonderen Eigenheiten der einzelnen Handwerkszweige bleiben einer späteren Darstellung vorbehalten.

Münstermann, H.: Einführung in die dynamische Bilanz. Veröffentlichungen der Schmalenbach-Vereinigung, Band 16. Verlag Felix Meiner, Leipzig 1941. 91 Seiten und Anhang. Preis kart. 3,50 *RM*.

Der Verfasser geht von der dynamischen Bilanztheorie aus, nach der die Erfolgsermittlung bei der Buchführung und Bilanz im Vordergrund steht. Gesetzgebung und Rechtsprechung haben sich nach den Ausführungen im Vorwort dieser Bilanztheorie angeschlossen. Das Buch behandelt an Hand eines Betriebsbeispiels das gesamte System der doppelten Buchführung und will besonders jenen Lesern eine Handhabe bieten, die nach ihrer Fachrichtung keine Betriebswirtschaftler sind, sich aber mit den Fragen der Buchführung und der Bilanz zu befassen haben. Ein ausführlicher Anhang gibt ein amerikanisches Journal mit den laufenden Buchungen für einen Monat, eine Betriebsübersicht für diesen Monat und ein Durchschreibegeschäftstagesbuch mit den Anfangs-, laufenden und Abschlußbuchungen sowie die entsprechenden Kunden-, Lieferanten- und Sachkonten wieder und erleichtert dadurch die Durcharbeitung des Buches wesentlich.

Frauser, R.: Die Grundstücksschätzung. 4. Auflage. Systematische Darstellung — Erläuterung aller Wertbegriffe — Bewertungsbeispiele für die Praxis — Gesetzesbestimmungen, Preisbildung und Preisüberwachung bei Grundstücken nach Erlaß der Preisstoppverordnung vom 26. November 1936. Carl Heymanns Verlag, Berlin 1941. 125 Seiten. Preis brosch. 4,60 *RM*.

Reichsabgabenordnung und Steueranpassungsgesetz, erläutert von A. Riewald. Zugleich 8. Auflage des Kommentars zur Reichsabgabenordnung von E. Becker. Teil I. Taschen-Gesetzesammlung 98. Carl Heymanns Verlag, Berlin 1941. 774 Seiten. Preis 20,— *RM*.

In Fortführung des zuletzt 1930 aufgelegten Beckerschen Kommentars zur Reichsabgabenordnung liegt in der Neubearbeitung von 1941 ein Werk vor, das sowohl den tiefgreifenden und häufigen Änderungen der Gesetzgebung der letzten 10 Jahre und der Reichhaltigkeit der Rechtsprechung auf diesem Rechtsgebiet wie auch der heutigen Einstellung zu den Dingen des Steuerrechts gerecht wird. Von den gesetzlichen Änderungen der RAO. seien nur erwähnt die Neufassung von 1931, das Steueranpassungsgesetz von 1934, das besonders in seinen §§ 1 bis 20 die Grundlage für die Anpassung der Steuergesetze an die nationalsozialistische Weltanschauung darstellt, das Einführungsgesetz zu den Realsteuergesetzen (Realsteuerreform 1936) und das Änderungsgesetz von 1939 (Neuordnung des Zollrechts).

Das Werk erscheint in drei Teilen. Der vorliegende erste Teil behandelt den Abschnitt I (§§ 1 bis 20) des Steueranpassungsgesetzes über das allgemeine Steuerrecht und die §§ 1 bis 159 der RAO. in ihrer derzeit geltenden, jedoch noch immer nicht endgültig abgeschlossenen Fassung, nämlich die einleitenden Vorschriften, die Vorschriften über die Reichsfinanzverwaltung und die allgemeinen Vorschriften über die Besteuerung (Vorschriften zum Verfahren und Sachliche Vorschriften). Verschiedene im Anhang abgedruckte einschlägige Sondergesetze und ein Register der Entscheidungen des Reichsfinanzhofs erleichtern die Benutzung des Werkes.

DAV Dividendenabgabeverordnung nebst amtlicher Begründung, erster Durchführungsverordnung, Erläuterungen und Beispielen. Herausgegeben auf Veranlassung der Reichsgruppe Banken. Bearbeitet von Koehler. Verlag Hoppenstedt & Co., Berlin 1941. 16 Seiten. Preis 1,60 *RM*.

Die Schrift enthält den vollen Wortlaut der angegebenen Bestimmungen und erläutert diese durch Beispiele, die der Verfasser in seiner Eigenschaft als Reichskommissar bei der Berliner Börse aus der Praxis für die Praxis geschöpft hat. Sie erhebt nicht den Anspruch, ein juristischer Kommentar zu der Verordnung zu sein, sondern verfolgt lediglich den Zweck, eine Anleitung zum besseren Verständnis des schwierigen Fragenkreises zu geben.

Der Rentenführer. Handbuch der festverzinslichen Werte 1941/42, bearbeitet von Otto Schwaag. Verlag Hoppenstedt & Co., Berlin 1941. 693 Seiten. Preis 35,00 *RM*.

Das in 7. Auflage vorliegende Handbuch über den Rentenmarkt ist gegenüber der Vorjahrsausgabe erheblich erweitert und umgearbeitet worden. Die Erweiterung erstreckt sich vor allem auf die angeschlossenen Gebiete und das Protektorat. So sind die wichtigsten Verordnungen, die sich auf das Elsaß, Lothringen, Eupen-Malmedy und Luxemburg beziehen, aufgenommen worden, ebenso die Anleihen der Arbed. Besonders ausführlich wurden die Anleihen der ehemaligen Tschecho-Slowakei und des einstigen Jugoslawien behandelt.

Goetz, H.: Ungarn. Eine Reise durch seine Städte und Gemeinden. Konrad Tritsch Verlag, Würzburg 1941. 114 Seiten. Preis brosch. 4,50 *RM*.

Der Verfasser führt in Form eines Reiseberichts in die wichtigsten Probleme der ungarischen Kommunalverfassung und Kommunalpolitik ein. Ihr Studium hält er für den besten Weg, das Wesen eines Staates und seiner Bevölkerung kennen zu lernen. Die ersten Abschnitte der Studie umreifen die Kommunalverfassung und das Finanzsystem in Ungarn. Ihnen folgt die Darstellung der besonderen kommunalen Verhältnisse in der Hauptstadt Budapest und in den einzelnen Landesteilen, einschließend der zurückgekehrten Teile Siebenbürgens.

Es ist erschienen:

Band 548, I (Teil A und B) der Statistik des Deutschen Reichs

Die Finanzwirtschaft der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich

Die Ausgaben und Einnahmen

der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände für das Rechnungsjahr 1937/38

Personalstand

der Gemeinden und Gemeindeverbände am 30. September 1938

Herausgegeben vom Statistischen Reichsamt

Das Zahlenwerk schließt sich in Aufbau und Gliederung an die entsprechenden Veröffentlichungen der Vorjahre an; mit ihm wird die eingehende Darstellung über die Entwicklung der Finanzwirtschaft der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und des Personalstands der Gemeinden und Gemeindeverbände fortgesetzt.

192 Seiten. Preis 9,— *R.M.*

Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt, Berlin SW 68

Es ist erschienen:

Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs Nr. 43

Die Umsatzentwicklung in den Oberfinanzbezirken von 1928 bis 1938

Bearbeitet im Statistischen Reichsamt

Die Einzelschrift vermittelt an Hand der regionalen Umsatzentwicklung ein Bild des allgemeinen Wirtschaftsablaufs im Deutschen Reich und in seinen Teilgebieten während des dem Kriege vorangegangenen Jahrzehnts.

Die Umsätze wurden aus dem Umsatzsteueraufkommen berechnet. Durch Bereinigung von Preiseinflüssen wurde die Mengenbewegung festgestellt und durch die Ausschaltung von Saisoneinflüssen ein Bild der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung in den einzelnen Oberfinanzbezirken vermittelt. Die Darstellung der wirtschaftlichen Struktur der behandelten Gebiete läßt den Grund für die regionalen Unterschiede der Umsatzentwicklung erkennen.

Wirtschaftsaufbau und Wirtschaftsablauf werden durch zahlreiche graphische Darstellungen veranschaulicht.

89 Seiten, Preis 6 *R.M.*

Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt, Berlin SW 68